

Nr. 27

Zum Tag der Menschenrechte  
am 10. Dezember 2006

P.O.Box 150 825, D-10670 Berlin  
Telefon (030) 825 85 52, Fax (030) 826 62 86  
Postbank Berlin  
Konto-Nr. 749 49-107 (BLZ 100 100 10)  
e-mail: [Liga-Iran@gmx.de](mailto:Liga-Iran@gmx.de)  
[www.liga-iran.de](http://www.liga-iran.de)

### Editorial

Statt auf der Anklagebank haben sie in den Ministersesseln Platz genommen, die Männer um den Präsidenten **Mahmud Ahmadinedschad**, die fast alle aus den Geheim- und Sicherheitsdiensten oder vom Militär kommen, auf denen nicht nur die Verantwortung, sondern die Schuld für Verbrechen lastet. Aus ehemaligen Gefängnisdirektoren, denen unmenschliches Vergehen gegen Gefangene nachgewiesen werden kann, wurden Gouverneure. Ahmadinedschad, Mitglied einer Clique, die sich verschworen hatte, alle kritischen Zeitungen zu schließen, war es, der 1999 als Gouverneur von Ardebil gegen die Zeitung „Salam“ klagte und mit deren Verbot die großen Studentenunruhen auslöste, die zur Inhaftierung Hunderter führte, zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren, unter denen noch heute so viele leiden. Diesem Zeitungsverbot folgten über 200 weitere, die letzten im Oktober dieses Jahres. Auf dem Innenminister **Mostafa Pourmohamadi**, der sich als Stellvertreter des Geheimdienstministers Fallahian aktiv an Repressionen beteiligte und an Massenhinrichtungen von Oppositionellen sowie der Ermordung kritischer Schriftsteller und Politiker teilhatte, lastet die Schuld ebenso wie auf **Gholamhosein Mohseni Ejechi**, dem Informations- und Sicherheitsminister. Als gefürchteter Ankläger und Richter für das Sondergericht für die Geistlichen und als Sonderankläger im Geheimdienstministerium hat er hunderte von Menschen zur Hinrichtung verurteilt. In den Jahren, da nicht sie, sondern die verhassten Reformisten an der Regierung waren, hielten sie die Macht mit Parallelorganisationen inoffiziell in Händen. „Seit ich das Amt des Informationsministers übernommen habe, gibt es keinerlei

Einmischung von Parallelorganisationen mehr“, sagt Ejechi, um im gleichen Atemzug fortzufahren: „Wir haben gemäß Gesetz manche Institutionen, die geheimdienstliche Tätigkeiten ausüben, wie die Geheimdienstabteilungen von Armee und Sicherheitskräften. Die Vereitelung von Verschwörungen unserer Feinde ist die Leistung der anonymen Soldaten des 12. Imam. Und zusätzlich haben wir einige Spione verhaftet, sie der Justiz überstellt und ihre Informationen weiter gegeben.“ Selbstverständlich hat er in diesem Punkte Recht. Agierten die Parallelorganisationen damals im Untergrund, so sind sie heute offiziell an der Macht, beispielsweise mit dem berüchtigten Trakt 209 im Evin-Gefängnis, der so geheim ist, dass selbst Abgeordnete, die sich ein Bild machen wollen, keinen Zutritt bekommen. Seit der Regierung Ahmadinedschad ist die Selbstmordrate in den Gefängnissen gestiegen, ist die unwürdige Behandlung noch unmenschlicher geworden, was mit sicherheitspolitischen Operationen begründet wird. Auf mysteriöse Weise verstarben in den letzten Monaten zwei politische Gefangene. Die Bedrohung und Einschüchterung von Regimekritikern nimmt ganz neue Dimensionen an. So wurde eine Todesliste mit den Namen von 210 Journalisten auf der Internetseite der islamischen Armee veröffentlicht. Es heißt warnend, dass oppositionelle Reporter und Journalisten, die gegen die Islamische Republik agieren, demnächst mit Hilfe der islamischen Armee ins Jenseits befördert würden. „Jetzt, wo wir Zeugen davon sind, dass die teuflischen Schreiber immer frecher werden, die islamische Kultur und die Grundsätze des Islam mit ihren käuflichen Federn vernichten wollen, werden wir

diese verderbten Elemente mit aller Kraft ausrotten... Wir, anonyme Anhänger der islamischen Armee, werden mit Hilfe Gottes und im Schatten des Heiligen Korans Heidentum und Verderbtheit auf Erden auslöschen und prophezeien unserer muslimischen Bevölkerung und den Angehörigen der Märtyrer bessere Tage.“

Bei dieser bedrückenden Atmosphäre bleibt dem iranischen Schriftstellerverband nichts anderes übrig, als eine Bestandsaufnahme zu machen. Am 30. Oktober schreibt er: „Die Verhaftung von Schriftstellern, Journalisten, Professoren, engagierten Menschen im Bereich von Arbeit und Sozialem setzt sich ununterbrochen fort. Eine Zeitung nach der anderen muss schließen... Bücher werden verboten. Nach neuester Methode werden nicht nur die Zeitungen verboten, sondern gleich ihre Büros versiegelt, die gesamte Einrichtung beschlagnahmt und die Mitglieder der Redaktion gemeinsam verhaftet.“ Nicht anders geht man gegen Theater, Kinos und Konzerte vor.

Zu den Sicherheitsoperationen äußert sich der neue Rektor der Universität in Isfahan ganz offen: „Wer hat gesagt, dass wir nicht parteiisch handeln? Wir haben sieben Jahre lang harte Arbeit geleistet, waren im Untergrund aktiv, haben die Leute zusammengebracht und die Wählerstimmen der Bevölkerung erhalten. Jetzt regieren wir und bestimmen, wer bleibt und wer geht. Diejenigen, die unsere Meinung nicht teilen, lassen wir zwar arbeiten und aktiv sein, aber wir lassen nicht zu, dass sie Führungspositionen bekleiden. Selbst stellvertretende Rektoren haben diese Bedingungen zu erfüllen.“

Da ist sie wieder, die alte Parole aus Khomeinis Zeiten: „Das Gebot zum Guten, das Verbot des Unrechten“, was nichts anderes heißt, als nach den moralischen Vorschriften der Religion zu handeln und gegen anders Denkende und Handelnde vorzugehen. Die Regierung, die Mullahs, die konformen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen tragen die Parole in aller Munde, hetzen auf, fanatisieren die unteren Schichten so weit, dass es zum Mord kommt. Ein fanatisierter Mann hält auf offener Straße ein Paar an, um zu erfahren, in welcher Beziehung es steht und tötet den Verlobten, weil er die Verlobung nicht beweisen kann; der Angestellte eines Kinos wird niedergestochen, weil Filme verderbt sind; ein junger Mann wird in der Metro von einem Mullah erschossen, weil er Mädchen belästigt haben soll.

Dass die aufmüppigen Frauen mundtot gemacht werden sollen, wissen wir seit Bestehen der

Islamischen Republik. Dass es aber nicht gelingt, sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen, wird uns eindrucksvoll bewiesen. Nun schwingt sich **Ayatollah Makarem Schirazi** zum Psychologen der Frau auf: „Manche Frauen sind masochistisch und benötigen eine sanfte Züchtigung zur Beruhigung ihrer Seele. Diese Züchtigung darf aber nicht so weit gehen, dass sie verletzt und ihr Körper schwarz, blau und rot wird.“ Was für eine Gesellschaft, die zulässt, dass Frauen so erniedrigt werden! Was für eine Gesellschaft, in der sich mehr als die Hälfte nicht vertreten sieht, resigniert, sich nicht mehr einmisch! Wie auch? Im Laufe der 27 Jahre wurden die Parteien nach und nach verboten, übrig blieb die geduldete Freiheitsbewegung, die am 6. November in einem offenen Brief an den Informationsminister dagegen protestierte, dass sie wegen der angeblich sensiblen Situation nicht einmal mehr in privaten Räumen tagen dürfen und einzelne Mitglieder aufgefordert wurden, alle Ämter aufzugeben und aus der Freiheitsbewegung auszutreten.

Alle kritischen Studentenorganisationen wurden verboten und durch von der Regierung neu gegründete ersetzt. Hunderte Studenten sitzen in den Gefängnissen, manche von ihnen zusätzlich zur Haftstrafe zu Peitschenhieben und Studienverbot verurteilt. Versteckte Kameras an einigen Universitäten zeichnen das Verhalten der Studenten auf.

Um von inneren Problemen und nicht eingehaltenen Wahlversprechen abzulenken, hat Ahmadinedschad die Welt mit der Leugnung des Holocaust provoziert und in den letzten Monaten mit einer Ausstellung von Holocaust-Karikaturen auf die Mohamed-Karikaturen geantwortet. Einsender aus 62 Ländern beteiligten sich an dem Wettbewerb, den die von der konservativ beherrschten Stadtverwaltung herausgegebene Zeitung „Hamshahri“ veranstaltete. Bei der Preisverleihung sagte der Minister für Kultur und Islamische Führung, **Saffar-Harandi**, die Medien hätten die Lüge verbreitet, dass der Holocaust vor 60 Jahren tatsächlich geschehen und ein trauriges Ereignis gewesen sei, doch neueste Forschungen hätten ergeben, dass alles gelogen sei und nie stattgefunden habe.

Auch in den Staatsterror sind die damalige Regierung und jetzige Machthaber verwickelt. Im April 1997 setzte das Urteil im Mykonos-Prozess Zeichen, indem es nicht nur die Täter, sondern die Auftraggeber für die Ermordung der kurdischen Politiker nannte, nämlich hochrangige iranische Politiker, wie den ehemaligen

Staatspräsidenten **Rafsanjani**, den damaligen Außenminister **Velayati** und den Informations- und Sicherheitsminister **Fallahian**. Im Oktober 2006 nannte die Staatsanwaltschaft in Argentinien die iranischen Auftraggeber für den Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindehaus in Buenos Aires am 18. Juli 1994: Es sind wieder dieselben Namen. Sie sind für den Tod von 85 Personen und die schweren Verletzungen von mehr als 200 Personen und die Ermordung der kurdischen Politiker in Berlin verantwortlich. Alle drei bekleiden auch heute hohe Posten. Wie kann man darauf bauen, dass es der Wahrheit entspricht, wenn es heißt, die nukleare An-

reicherung diene dem Frieden? Eine Regierung, die offenbar nicht versteht, welche Funktion ein Stein hat, wird mit Steinen auf Menschen werfen, bis sie tot sind. Eine Regierung, die nicht weiß, wozu ein Kran dient, benutzt Kräne, um Menschen daran zu erhängen. Eine solche Regierung hat keine Legitimation, sie muss kontrolliert werden – entweder von der eigenen Bevölkerung durch freie Wahlen oder von unabhängigen Organisationen, von Gewerkschaften, von Parteien oder einer internationalen Institution.

*Liebe Leserinnen und Leser!*

*Damit Sie einen Einblick in die jetzt herrschende Lage bekommen, haben wir uns bemüht, die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres zusammenzustellen, was dazu geführt hat, dass der liga-report umfangreicher als gewöhnlich ausgefallen ist.*

*Allen Lesern und Unterstützern danken wir für ihr Vertrauen und bitten darum, uns durch (steuerlich absetzbare) Spenden dabei zu helfen, dass wir unsere Arbeit fortsetzen können.*

*Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein gesundes Neues Jahr!*

## **Zum Atomstreit**

Verständlicherweise hat der nordkoreanische Atombombenversuch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit etwas vom iranischen Nukleoprogramm abgelenkt. Dieses ist indessen nicht weniger gefährlich und erfordert eine ebenso entschlossene Antwort der internationalen Öffentlichkeit.

Gewiss hat Iran das Recht zu einer friedlichen Nutzung der Atomenergie; und bisher ist nicht mit Sicherheit bewiesen, dass die dortigen Forschungen anderen Zwecken dienen. Aber leider kann man auf die Äußerungen der iranischen Regierung, dass sie damit keine militärischen Ziele verfolge, nicht bauen. Ein Regime, das keinerlei Kontrolle zulässt – weder durch internationale Institutionen noch durch die eigene Bevölkerung, weder durch freie Wahlen noch durch eine freie Presse, weder durch eine unabhängige Justiz noch durch unabhängige Beobachter, weder durch NGO's noch durch andere Organisationen der zivilen Gesellschaft - ist nicht vertrauenswürdig. Die dortigen Machthaber akzeptieren nach ihren eigenen Worten nur „was der Linie des Imams entspricht und lehnen entschlossen ab, was ihr widerspricht“.

Und sie sind bereit, diesen Anspruch ohne Skrupel und mit Gewalt durchzusetzen. Dies gilt nicht nur für das eigene Land, in dem seit Gründung der Islamischen Republik -

vorsichtig geschätzt - zwischen zwölf- und siebzehntausend Menschen hingerichtet oder sogar im Auftrag staatlicher Stellen ermordet worden sind, in dem die Meinungsfreiheit brutal unterdrückt und in dem der überwältigenden Mehrheit der Menschen eine Lebensführung aufgezwungen wird, die sie innerlich ablehnen, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Im Streit um die in der *Jyllands Posten* veröffentlichten Mohammed-Karikaturen, den Sketch von Rudi Carell aus dem Jahre 1986, in dem dieser Chomeini karikierte, den Roman *Die Satanischen Verse* von Salman Rushdie, den Film Theo van Goghs nach einem Drehbuch Ayaan Hirsi Alis usw. haben sie bewiesen, dass sie Wohlverhalten in ihrem Sinne von der ganzen Welt verlangen und dies mit erpresserischen Mitteln bis hin zur Aufforderung zum Mord durchzusetzen entschlossen sind. Auch nach dem unglücklichen Zitat eines spätbyzantinischen Kaisers durch Papst Benedikt XVI. und die theologisch fragwürdige Äußerung über den angeblich irrationalen Charakter des Islams im Vergleich zum Christentum hat sich erwiesen, mit welcher unakzeptablen Methoden die iranische Führung ihre Weltsicht durchzusetzen bereit ist. Auch wenn der Papst hier tatsächlich im Unrecht war, so haben sich die iranischen Machthaber mit ihrer Reaktion noch viel stärker

ins Unrecht gesetzt. (Dass Muslime auch anders können, zeigt der Brief der 38 islamischen Theologen an den Vatikan.) Und leider zeigt dieses Verhalten zumindest gelegentlich die von seinen Urhebern gewünschte Wirkung, wie die Weigerung des damaligen Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, sich 1989 an einer Solidaritätsveranstaltung für Salman Rushdie zu beteiligen, oder unlängst die Absetzung der Oper *Idomeneo* vom Berliner Spielplan beweisen.

Auch wenn in den genannten Fällen die Grenzen des Anstands, der gebotenen Rücksicht auf andere und des guten Geschmacks überschritten worden sind, auch wenn bereits einige andere Staaten außer den fünf offiziellen Nuklearmächten über Atombomben verfügen, auch wenn die genannten Atommächte ihrer Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag zur Abrüstung ihrer Waffenarsenale nicht nachgekommen sind, so kann das zu keinem anderen Urteil führen. Jede Atommacht ist eine Atommacht zu viel und jede weitere verschlimmert die Lage. Kein Unrecht lässt sich durch den Hinweis darauf, auch andere hätten Unrecht begangen, rechtfertigen.

Allerdings muss die internationale Staatengemeinschaft Wege suchen, Iran mit Respekt und ohne den Einsatz militärischer Mittel zu begegnen. Nur von gegenseitigem Respekt getragene Verhandlungen haben Aussicht auf Erfolg und nur solche würden auch von der iranischen Bevölkerung selbst begrüßt und unterstützt werden. Letzteres ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass Iran in die Gemeinschaft zivilisierter Staaten zurückkehrt und nicht seinerseits zum *failing state* wie der Irak - und so steht zu befürchten auch Afghanistan - wird. In beiden Fällen hat sich kriegerische Gewalt als kontraproduktiv erwiesen.

Daraus zu lernen bedeutet jedoch nicht, untätig zu bleiben. Offene Gespräche auf möglichst vielen Ebenen sind gefragt und nukleare Abrüstungsinitiativen, die alle Staaten einschließen – auch die Atommächte.

**Kurt Scharf – Mitglied des Vorstands**

## Wahlen ?!

Am 15. Dezember des laufenden Jahres finden in Iran Wahlen zum Führungsexpertenrat, zu den vakant gewordenen Sitzen im Parlament sowie Kommunalwahlen statt. Ein kurzer Blick über die Befugnisse dieser Institutionen und über deren Wahlordnung macht deutlich, dass es sich bei diesen Wahlen nicht um eine demo-

kratische Besetzung der Volksvertretungsorgane handelt, sondern um weitgehend eingeschränkte Entscheidungsräume. Beginnen wir mit dem Parlament: Zu betonen ist, dass seine legislativen Befugnisse durch mehrere über ihm stehende und vom Volk nicht gewählte Institutionen eingeschränkt bzw. kontrolliert werden, obwohl diese Institution nach außen hin als Organ der Gesetzgebung dargestellt wird. Mächtigstes Organ ist der Wächterrat, der u.a. befugt ist, alle Beschlüsse des Parlaments abzulehnen, wenn er sie als im Widerspruch zum islamischen Recht oder der Verfassung stehend beurteilt. Der gleiche Rat hat außerdem das uneingeschränkte verfassungsmäßige und gesetzlich verbrieftete Recht, die Aufsicht über alle Phasen der Parlamentswahlen zu führen, Bewerber um eine Kandidatur auf ihre Regimetreue zu überprüfen, Wahlergebnisse zu annullieren und Wahlbezirke nach Belieben zu schließen. Diese Macht nutzt der Wächterrat, dessen zwölf Mitglieder durch den religiös-politischen Führer des Landes ernannt werden, aus, um jedes Mal bei Wahlen die Kandidatur von Hunderten von Bewerbern ungeachtet ihres Ansehens, ihrer Popularität und Karriere in der Islamischen Republik abzulehnen. Dabei reicht es diesem Rat und dessen über das ganze Land verstreuten Handlangern aus, wenn ihnen von einem Kandidaten bekannt ist, dass er in Opposition steht zu der Interpretation des Fundamentalismus, die vom Wächterrat als Vertreter des konservativeren Flügels des Regimes vertreten wird.

Auch über die Wahlen zum Führungsexpertenrat führt der Wächterrat mit derselben Befugnis und mit noch härteren Methoden Aufsicht. Der Führungsexpertenrat, mit der Kompetenz ausgestattet, den Führer zu ernennen und ihn unter Umständen abzusetzen, besteht aus 82 Mitgliedern und stellt formal ein vom Volk gewähltes Organ der Islamischen Republik dar. Was das aber bedeutet, wird erstens dadurch deutlich, dass seine Mitglieder nur aus der Mitte jener Geistlichen gewählt werden dürfen, die das Studium des islamischen Rechts zumindest mit der Befähigung, selbständig Urteile zu fällen, (*ejtehad*) beendet haben. Zweitens müssen sie u.a. beim Wächterrat eine sowohl mündliche als auch schriftliche Prüfung ablegen, die dem Beweis ihrer Befähigung dient. Die Härte, die der Wächterrat bei dieser Prüfung walten lässt, führt regelmäßig dazu, dass die Bereitschaft der Geistlichen, sich zu bewerben, sehr gering ausfällt. Es kommt vor, dass in manchen Wahlbezirken keine Wahl im eigentlichen Sinne des

Wortes möglich ist, da nur noch ein Kandidat die Prüfung bestanden hat. Bei der Wahl dieses Rates findet außerdem eine Art Circulus vitiosus statt. Denn die Mitglieder einer Institution, die über den Führer des Staates entscheidet, werden durch eine andere Institution vorgewählt, deren Zusammensetzung vom Willen desselben Führers abhängig ist.

Die Wahl der Mitglieder der Kommunalräte steht zwar nicht unter der Aufsicht des Wächterrates, aber auch in diesem Fall werden Bewerber um eine Kandidatur regelmäßig und mit der gleichen Intensität gefiltert. Die Befugnis hierzu liegt bei einem vom Parlament ernannten Aufsichtsrat und dem Ministerium des Inneren. Kommunalräte sind gesetzlich mit weit weniger Verwaltungsrechten ausgestattet als es notwendig wäre, um ihrem Titel gerecht zu werden.

## Politische Gefangene

Im Teheraner Evin-Gefängnis befindet sich Trakt 209, der nicht der Justiz, sondern dem Informationsministerium untersteht, das seine eigenen illegalen Regeln für den Umgang mit politischen Gefangenen aufgestellt hat. Das Verbinden der Augen und die Unterbringung in einer Einzelzelle – beides gesetzlich verboten – wird in 209 praktiziert. Jeder Gefangene kommt zwecks Gehirnwäsche in Isolationshaft und jeder Kontakt zur Außenwelt – sei es telefonisch oder durch Medien – wird ihm verwehrt. Er wird in Häftlingskleidung gesteckt, obwohl politische Gefangene vom Zwang, diese zu tragen, ausgenommen sind. Die Aufseher und Verhörer bemühen sich, die Gefangenen psychisch bis an den Zusammenbruch zu bringen, um Aussagen von ihnen zu erpressen, mit denen andere Personen unter Druck gesetzt werden können. Da die hygienischen Verhältnisse in Trakt 209 miserabel sind, nehmen Krankheiten zu, besonders an Herz und Lunge, wie festgestellt wurde.

Kommt der politische Gefangene nach geraumer Zeit in eine andere Zelle, so wird er meist mit Kriminellen zusammengelegt. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen und in Anwesenheit eines oftmals dreisten Aufsehers darf er dann endlich den Besuch engster Angehöriger erhalten.

Im Dezember schreibt Arjang Davoudi, der als „Umstürzler“ in der Provinz Kerman festgenommen wurde: „Im September wurde ich ins mittelalterliche Gefängnis von Bender Abbas

gebracht und in eine Zelle mit gefährlichen Banditen und Schmugglern gesteckt. Ich habe keinerlei Rechte und darf weder Radio hören noch etwas lesen. Im Prozess gegen mich haben zunächst die Untersuchungsrichter und dann der Richter am Revolutionsgericht meine Akten als geheim bezeichnet, so dass weder mein Anwalt noch ich sie einsehen durften. Ich konnte lediglich zwei Mal in insgesamt drei Stunden im Gerichtssaal die gegen mich erhobenen Anklagepunkte lesen und war währenddessen an einer Hand mit Handschellen an einen Soldaten gefesselt. In die geheimen Dokumente, die in der Anklage erwähnt sind, hatte ich keinen Einblick. Der politischen Opposition und mir persönlich wirft man vor, den Umsturz des Regimes geplant zu haben.“

Wie aus Teheran verlautet, hat das Informationsministerium der neuen Regierung wieder mit der Verfolgung von Studenten begonnen. Danach werden die Mitglieder von Tahkim Vahdat (der größten Studentenorganisation) und andere studentische Aktivisten telefonisch oder persönlich zu Hotels oder unbekanntenen Orten bestellt, von wo sie mit verbundenen Augen in fremde Gebäude gebracht werden. Bei Verhören sollen sie etwas über die Aktivitäten der Studenten und ihre Pläne für die Zukunft aussagen. Unter anderem will man wissen, wer Flugblätter verfasst, wer als Sprecher fungiert. Sie werden aufgefordert, mit dem Informationsministerium zusammenzuarbeiten, sonst wären sie und ihre Angehörigen gefährdet. In einigen Fällen drohte man, eine dicke Akte mit Beschuldigungen anzulegen, sollte der Betreffende die Zusammenarbeit verweigern. Angehörige werden telefonisch bedroht.

Roouz, 08.12.05

Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Studenten wurden Akbar Etri, Abdollah Momeini und Ahmad Faradji zu Gefängnisstrafen verurteilt. Neuerdings zitiert man studentische Aktivisten vor Gericht. In den letzten beiden Tagen wurden sieben Studenten der Amir Kabir Universität exmatrikuliert. Über die Gründe konnten die Angehörigen der Universität nichts sagen.

Gooya news, 27.12.05

Gestern hat die Verhandlung gegen drei politisch aktive Studenten vor der 76. Kammer des Revolutionsgerichts von Teheran begonnen. Wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit sind Said Kolonaki, Vorstandsmitglied des studentischen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener, Amir Kardar, ehemaliges

Mitglied dieses Komitees und Behrouz Djavid Tehrani angeklagt. Etemad, 26.01.06

In einem offenen Brief schreibt Peyman Piran, ein politischer Gefangener: „Ohne ersichtlichen Grund haben mich die Gefängnisbeamten nach zwei Jahren Haft zum Sicherheitsdienst des Informationsministeriums im Evin-Gefängnis gebracht, wo mich plötzlich mehrere Sicherheitsbeamte mit Schlägen und Fußtritten traktierten. Während zwei meine Arme festhielten, schlug ein anderer auf mich ein. Zeuge des Vorfalls war der Gefängnisdirektor. Zwei Stunden später wurde ich in meine Zelle zurückgebracht, ohne je zu erfahren, warum ich misshandelt wurde.“ Gooya, 17.02.06

Hojat Zamani, Mitglied der verbotenen Organisation Mojahedin Khalq (Volksmodjahedin) wurde am 7. Februar im Gohardasht Gefängnis hingerichtet, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, die um das Leben anderer Mitglieder dieser Organisation einschließlich Said Masouri, Gholamhossein Kalbi und Valiollah Feyz Mahdavi fürchtet. Die Hinrichtung von Zamani wurde nach internationalen Protesten erst eine Woche später von Djamal Karimirad, dem Justizminister, bestätigt. Weiterhin befürchtet Human Rights Watch die Hinrichtung von drei Personen, die im Zusammenhang mit einer Flugzeugentführung 2001 inhaftiert wurden. Es handelt sich um Khaled Hardani, Farhang Pourmansouri und Shahram Pourmansouri. Letzterer war zum Zeitpunkt der Entführung 17 Jahre alt.

Die Übereinkunft zu den Rechten des Kindes und die internationale Übereinkunft für politische und zivile Rechte, die Iran unterzeichnet hat, verbietet die Todesstrafe für Jugendliche, die zur Tatzeit unter 18 Jahren alt waren.

Human Rights Watch, 27.02.06

Nach Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Leitung der Universität in Schiras um das schlechte Mensaessen und die katastrophalen hygienischen Verhältnisse hat das Disziplinarkomitee der Universität 16 Studenten exmatrikuliert. Baztab, 05.03.06

Sicherheitskräfte haben letzte Nacht eine Versammlung im Studentenheim der Teheraner Universität aufgelöst. Die Studenten waren aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden bei den Unruhen in Tabriz, gegen die Zwangspensionierung von neun Professoren der juristischen Fakultät und zur Unterstützung der Stu-

denten an der Amir Kabir Universität zusammengekommen. ISNA, 24.05.05

Die Proteste der Studenten an der Teheraner Universität haben am 22. Mai begonnen. Sie fordern die Abberufung des Rektors der Universität, Ayatollah Amid Sanjani, der im Herbst vom Wissenschaftsminister ernannt worden war. Am Dienstag haben sich noch mehr Protestierende eingefunden, die die Rücknahme der Pensionierungen forderten. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und zur Verhaftung von 60 Personen. Abdollah Djassemi, Rektor der Freien Universität, sagte: „In diesem Jahr wollen einige Unruhe schüren. Die Sicherheitskräfte der Universitäten müssen wachsam sein und darauf achten, dass keine Fremden an den Universitäten Reden halten. Ich betone: Wer auch immer Unruhe stiften will, wird daran gehindert werden. Und auch das Problem der Verstöße gegen die Kleiderordnung werden wir angehen.“

Shargh, 25.05.06

Issa Zarkhis, Vorstandsmitglied des Vereins für die Verteidigung der freien Presse, hat erklärt, dass unabhängige Intellektuelle und Journalisten seit einiger Zeit größte Schwierigkeiten hätten, zur Teilnahme an internationalen Veranstaltungen auszureisen. In einigen Fällen seien die Pässe der Betroffenen behalten und später sei behauptet worden, sie seien verloren gegangen; in anderen Fällen seien die Pässe eingezogen und es sei mitgeteilt worden, die Betroffenen hätten Ausreiseverbot. Er selbst darf seit 1 ½ Jahren das Land nicht verlassen, ohne zu wissen, warum. Wie Zarkhis sagte, müsse man von einer höheren Anzahl an Ausreiseverboten ausgehen, weil einige sich nicht meldeten. Er nimmt an, ein Grund für die Verbote sei die Furcht der Regierung, der Auftritt dieser Personen bei internationalen Veranstaltungen verlaufe nicht in ihrem Sinne. Deshalb gründe die Regierung eigene Organisationen unter wohlklingendem Namen oder als Nichtregierungsorganisation, damit diese als Mitglied der Zivilgesellschaft an internationalen Veranstaltungen teilnehmen können. Er kritisiert, dass die Gründe für ein Ausreiseverbot nicht genannt werden, und vertritt die Auffassung, dies müsse schriftlich erfolgen, damit die Betroffenen nicht erst am Flughafen mit dem Verbot konfrontiert werden.

Er meint, die neue Regierung versuche, Andersdenkende zu isolieren, physisch zu vernichten, ihre freie Meinung zu unterdrücken oder sie zu

verhaften. Der physische und psychische Druck auf die Intellektuellen sei an der Tagesordnung.

Deutsche Welle, 30.05.06

Ein Schreiben von acht politischen Gefangenen an den kürzlich gegründeten UN-Menschenrechtsrat vom 26.06.06:

„Mit wärmsten Grüßen aus den Gefängnissen der Islamischen Republik Iran. Sehr geehrte Damen und Herren des Menschenrechtsrats, Sie wissen, dass die Islamische Republik ein ideologisches und absolutistisches Regime ist, so wie Nordkorea, China, Kuba, ein Land, das von einer einzigen Partei, einem einzigen Führer, einer einzigen Ideologie beherrscht wird. Und aus diesem Grunde ist es nicht notwendig, das Schwarzbuch dieses Regimes bezüglich seiner Menschenrechtsverletzungen in den letzten drei Jahren aufzuschlagen...

Will man sich in Iran friedlich versammeln, wie z.B. die Frauen am 8. März, wird die Veranstaltung verhindert, werden die Teilnehmer brutal auseinander getrieben. Äußert jemand seine Gedanken, so ergeht es ihm wie Prof. Ramin Djahanbeglu. Tritt jemand für die Informationsfreiheit ein, ergeht es ihm wie Zahra Kazemi. Äußert man seine freie Meinung, wird man zum Tode verurteilt wie Doktor Aghadjeri, und wenn Studenten friedlich gegen den einzigen Führer, die einzige Ideologie und das Einparteiensystem demonstrieren, erleiden sie das gleiche Schicksal wie einige Unterzeichner dieses Briefes, die seit sieben Jahren im Gefängnis sitzen. Nimmt jemand das Recht wahr, eine Partei zu gründen, so landet auch er wegen Verstoßes gegen die nationale Sicherheit im Gefängnis, wie andere Unterzeichner dieses Briefes.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sollten wissen, dass die Unterzeichner dieses Briefes wegen ihrer friedlichen Proteste in der Studentenbewegung, wegen der Gründung von Parteien, wegen friedlicher politischer Aktivitäten oder ihrer Arbeit bei der Presse zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt sind. Wir, die politischen Gefangenen, hatten keine Waffen in der Hand, haben weder Spionage noch terroristische Akte betrieben. Wir wollten allein unsere Rechte wahrnehmen, die in der iranischen Verfassung und der Charta für Menschenrechte niedergelegt sind. Sie sollten wissen, dass wir alle in den Folterkammern der Islamischen Republik wie dem schrecklichen Gefängnis Tohid, dem Evin 209, Gefängnissen des Informationsministeriums und der Revolutionswächter längere Zeit hindurch bestialisch gefoltert wurden. Sie

sollten wissen, dass wir alle ohne Geschworene, ohne Verteidiger in geheimen Verhandlungen vor Revolutionsgerichten verurteilt wurden. Sie sollten auch wissen, dass in der Islamischen Republik tausende politisch aktive Studenten, Journalisten, Frauen, Lehrer, Arbeiter, Jugendliche usw. nur gegen Hinterlegung hoher Kautionen bei den Revolutionsgerichten, die eigentlich Gerichte des Geheimdienstes sind und dazu dienen, die Betroffenen zum Schweigen zu bringen, frei gelassen werden. Sie sollten wissen, dass die Oppositionellen im heutigen Iran mit verbundenen Augen, an Händen und Füßen gefesselt in Einzelzellen verschiedener Haftanstalten des Informationsministeriums, der Revolutionswächter, von Sicherheitsabteilungen der Justizbehörde oder der Armee in das so genannte technische Verhör genommen, d.h. bestialisch gefoltert werden, damit ihr Wille gebrochen werde und sie ihre Opposition aufgeben. Sie sollten wissen, dass jede legitime Forderung der ethnischen Minderheiten von Armee und Sicherheitskräften brutal unterdrückt wird und tausende von ihnen im Gefängnis sitzen. Keine unabhängige Behörde hat die Möglichkeit, diese Gefängnisse zu inspizieren.

Frauen, Männer, selbst Kinder dürfen ihre Kleidung in Iran nicht auswählen und wegen der Verstöße dagegen werden täglich hunderte verhaftet und ausgepeitscht. Die Todesstrafe durch Erhängen ist zum Normalfall geworden und wir sind sicher, dass Iran an erster Stelle in der Welt rangiert.

In diesem Zusammenhang möchten wir Personen aufzählen, die sich seit Jahren mit einem Todesurteil im Gefängnis befinden: Khaled Herdani, Farhang Pourmansouri, Gholamhossein Kalbi, Alireza Karami Kheirabadi und Feys Mahdavi. Shahram Pourmansouri wurde zum Tode verurteilt, als er noch minderjährig war.

Wir haben nur einige Beispiele aus dem Schwarzbuch der Menschenrechtsverletzungen der Islamischen Republik aufgezählt, aber sie mögen anschaulich zeigen, dass das iranische Volk und besonders politisch aktive Vertreter der Menschenrechte, Andersdenkende, Studenten und Universitätsangehörige, Journalisten – ja alle – in einem großen Gefängnis namens Iran leben. Sie dürfen nicht frei denken, ihre Meinung äußern, sich friedlich versammeln, frei wählen oder ihre Kleidung bestimmen. Alle, die von Menschenrechten in Iran sprechen, sollten wissen, dass die Parole des Regimes lautet: Ein Führer, eine Ideologie, eine Partei.

Die Unterzeichneten:

1. Ing. Heshmatollah Tabarsadie, verantwortlicher Redakteur mehrerer verbotener Zeitschriften, zu 17 Jahren Haft verurteilt, seit sieben Jahren inhaftiert.
2. Manuchehr Mohammadi, Student, wegen studentischer Proteste zu 15 Jahren Haft verurteilt, seit sieben Jahren inhaftiert. (*Auf der Flucht*)
3. Akbar Mohammadi, Student, Mitglied des Vorstands der Front Vereinigter Studenten, zunächst zum Tode verurteilt, nach Revision zu 15 Jahren Gefängnis, seit sieben Jahren inhaftiert. (*Er kam nach einem Hungerstreik zu Tode.*)
4. Mehrdad Lahrassabi, verhaftet wegen Studentenunruhen, zunächst zum Tode verurteilt, nach Revision zu 15 Jahren Haft, seit sieben Jahren im Gefängnis.
5. Behrouz Djavid Tehrani, wegen der Studentenunruhen zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, seit sieben Jahren in Haft.
6. Amir Saran, wegen politischer Aktivitäten zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, seit drei Jahren inhaftiert.
7. Arjang Davoudi, wegen politischer Aktivitäten zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 2 ½ Jahren inhaftiert.
8. Assad Shaghaghi, Mitglied der Front für nationale Einheit, wegen politischer Aktivitäten zu 3 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, seit 1 ½ Jahren in Haft.

Wie der Ex-Abgeordnete Djassem Shadidzadeh Tamimi mitteilte, wurde er vergangene Woche, als er Iran in Richtung Libanon zum Studium verlassen wollte, zu einer Behörde des Flughafens gebracht, die dem Präsidenten untersteht. Dort hieß es, gegen ihn sei ein Verfahren vor dem Revolutionsgericht von Ahwaz anhängig und er dürfe das Land so lange nicht verlassen, bis die Vorwürfe geklärt seien.

Etemad, 01.07.06

Das Sondergericht für die Geistlichkeit in Ghom hat den Rechtsanwalt Ramezan Mirzapour Shafii festgenommen und inhaftiert.

Etemad, 06.07.06

In einer Erklärung des Innenministeriums wird die Tätigkeit des Zentrums für Verteidigung der Menschenrechte als illegal bezeichnet. „Da einige Personen im Namen des Zentrums unterschiedliche Aktivitäten entfalten wie z.B. die Veröffentlichung von Erklärungen, Einberufung von Pressekonferenzen und Versammlungen, Formulierung von Briefen an Behörden und

Institutionen im In- und Ausland, geben wir hiermit bekannt, dass der Satzung des Vereins die Zustimmung der Kommission nach § 10 des Gesetzes zur Tätigkeit von Parteien und Organisationen fehlt. Daher ist jede Tätigkeit unter dem Namen Zentrum für die Verteidigung der Menschenrechte illegal. Jede Zuwiderhandlung wird Strafverfolgung nach sich ziehen.“

Advar news, 02.08.06

*Am 16.08.06 erklärte Schirin Ebadi, die das Zentrum 2001 mit ihrem Kollegen Abdulfatah Soltani gegründet hatte, dass das Zentrum wie gehabt weiter arbeiten werde.*

Die Frau von Ahmad Batebi, einem Studenten, der 1999 bei den Unruhen festgenommen wurde und seitdem immer wieder im Gefängnis sitzt, sagte, ihr Mann befinde sich seit fünf Tagen im Hungerstreik und sie wisse nicht, wie es ihm gehe und wo er sei. Vor drei Tagen hieß es, er befinde sich im Gefängnis-Krankenhaus, andere Stimmen sprechen von Ermordung oder Unterbringung im Trakt 209 des Evin-Gefängnisses. Seit fünf Tagen bemühten sie und Batebis Vater sich um eine Auskunft der Justizbehörden, aber sie würden nur abgewimmelt und beleidigt.

Peykeiran, 04.08.06

Gestern haben Zivilbeamte des Sicherheitsministeriums Dr. Hassan Firouzi, den Arzt von Ahmed Batebi, nach der Durchsuchung seines Hauses und der Beschlagnahme persönlicher Sachen festgenommen. Bereits einige Wochen zuvor war er schon verhaftet, aber nach wenigen Stunden frei gelassen worden. Dr. Firouzi hatte den Gesundheitszustand von Batebi nach seiner neuerlichen Verhaftung in einem offenen Brief als sehr ernst bezeichnet und sich besorgt geäußert. In den letzten Monaten wurde eine Reihe politisch Aktiver verhaftet und in den Trakt 209 des Evin-Gefängnisses, das dem Informationsministerium untersteht, gesteckt. Einige Gefangene wurden gefoltert. Batebi war Ende Juli während seines Hafturlaubs für medizinische Behandlung festgenommen und in eine Einzelzelle gesteckt worden.

Roos online, 04.10.06

Nach Meinung vieler Menschenrechtler im In- und Ausland hat sich die Lage seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten sehr verschlechtert, besonders im Hinblick auf politische Gefangene und Oppositionelle, die ständig vorgeladen und angeklagt würden. So wurde vor kurzem Ismael Djamschidi, Mitglied des iranischen Schriftstellerverbandes, verhaftet, um eine 16-

monatige Haftstrafe abzusitzen. Andere Mitglieder des Verbandes hat man vorgeladen. Die Sicherheitskräfte verhindern die jährliche Generalversammlung. Nach nicht einmal einem Jahr Regierungszeit ist Akbar Mohammadi, wegen Studentenunruhen erst zur Todesstrafe, dann zu 15 Jahren Haft verurteilt, im Evin-Gefängnis gestorben. Sein Tod ist verdächtig. Letzte Woche wurden die Gefängnisstrafen für die Anhänger der national-religiösen Allianz Taghi Rahmani, Hadi Saber und Reza Alijani bestätigt. Ahmad Batebi wurde erneut verhaftet und ist in Hungerstreik getreten. Abbas Amir Entezam, der langjährigste politische Gefangene, hat ein neuerliches Urteil des Revolutionsgerichtes hinnehmen müssen. Sein Anwalt verwies auf seine schlechte körperliche Verfassung. Hinzu kommen die ständigen Gerichtsvorladungen für Aktivisten der Arbeiter- und Studentenbewegung, für Frauen- und Menschenrechtler und für die, die sich für ethnische Minderheiten einsetzen. Gooya, 04.08.06

*Am 30. Juli 06 ist Akbar Mohammadi, der 1999 bei den Studentenunruhen festgenommen worden war, während des Hungerstreiks im Evin-Gefängnis gestorben. Sein Anwalt sagte, er habe ihm den Hungerstreik ausreden wollen und sei zum Gefängnis gefahren, aber die Leitung habe ihm den Besuch von Mohammadi verweigert. Wegen starker Rückenschmerzen hatte Mohammadi Hafturlaub bekommen. Obwohl die Gerichtsmedizin keine Frist für die Behandlung gesetzt hatte, wurde er zuhause wieder festgenommen und zurück ins Gefängnis gebracht. Wie Mohammadi angab, war der Anlass dafür die Veröffentlichung seines Buches im Ausland, in dem er seine Zeit im Gefängnis beschreibt.*

*Alle Menschenrechtsorganisationen fordern, die Todesursache zu untersuchen, denn er ist nicht der erste Inhaftierte, der unter mysteriösen Umständen verstorben. Dass ein einwöchiger Hungerstreik den Tod herbeigeführt hat, darf bezweifelt werden.*

*Sieben Jahre hat Akbar Mohammadi im Gefängnis gesessen. In dieser Zeit sah er sich brutalster Folter ausgesetzt, u.a. durch Schläge mit Kabeln, Schlafentzug, laute Musik, Hängen von der Decke, Scheinhinrichtung und Verabreichung von Drogen zur Erpressung falscher Aussagen. Sein Rückenleiden stammt von der Folter, der 50%ige Verlust seiner Hörfähigkeit ebenso.*

*Manuchehr Mohammadi, 1999 bei den Studentenunruhen verhaftet und zu Gefängnisstrafe verurteilt, erhielt Hafturlaub, um an der Trauerfeier für seinen Bruder Akbar teilzunehmen. Er kehrte aber nicht ins Gefängnis zurück, sondern setzte sich ins Ausland ab. Dies berichtete die Zeitung Kayhan am 02.09.06. Am 17. Oktober wurde bekannt, dass er beim Grenzübergang vom Irak in die Türkei von türkischen Behörden festgenommen wurde. Er hatte einen gefälschten Pass bei sich. Nachdem sich der amerikanische Botschafter in der Türkei und das State-Department für Manuchehr Mohammadi eingesetzt hatten, kam er auf Kautions frei.*

Das Oberste Gericht des Landes hat die lebenslängliche Haftstrafe für Djalil Aghajani, der vom Revolutionsgericht wegen Spionage und Aktivitäten gegen die Sicherheit des Landes verurteilt war, bestätigt. Baztab, 20.08.06

*Wie die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte am 21. August 06 erfahren hat, hat die Regierung folgenden politischen Gefangenen, die zum Tode verurteilt sind, mit Vollstreckung des Urteils gedroht: Khaled Herdani, Valiollah Feys Mahdavi, Said Masouri, Gholamhossein Kalbi, Farhang Pourmansouri, Shahram Pourmansouri, Alireza Karami Kherabadi, Samen Bavi, Fahimeh Badavi Malek Banitamim und Rastan Savari.*

Feys Mahdavi, der im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft bei den Volksmojahedin und wegen Besitzes von Sprengstoff seit 2001 inhaftiert war, starb im Krankenhaus. Er war in Hungerstreik getreten, um durchzusetzen, dass ihm das neueste Urteil des Revolutionsgerichts gegen ihn bekannt gemacht, er ins Evin-Gefängnis verlegt würde und seinen Anwalt sprechen dürfe. Peykeiran, 06.09.06

Nach Aussage eines Justizsprechers hat sich Feys Mahdavi im Bad des Gefängnisses von Redjaishahr aufgehängt, um Selbstmord zu begehen. Beamte hätten ihn entdeckt und ins Krankenhaus gebracht. Baztab, 07.09.06

Sicherheitskräfte haben die politischen Gefangenen in Redjaishahr aufgefordert, den Selbstmord von Feys Mahdavi zu bestätigen. Mit dem Versprechen auf Freilassung bemühten sie sich, Behrouz Djauid Tehrani und Mehrdad Lehrasebi zu erpressen. Anderen Gefangenen drohten sie die Zusammenlegung mit gefährlichen Straf-

tättern an, sollten sie den Selbstmord nicht bestätigen. Peykeiran, 05.09.06

Ein Revisionsgericht in Teheran hat das Urteil eines Angeklagten wegen Spionage im Bereich der Atomforschung von zehn Jahren Haft auf 25 Monate herabgesetzt. Sein Anwalt, Mohammad Reza Faqihi, erklärte, sein Mandant sei wegen Spionage für fremde Mächte verurteilt worden. Nach dem Urteil des Revisionsgerichtes hoffe er nun, er komme in den nächsten Tagen nach Zahlung einer Geldstrafe frei. ILNA, 18.09.06

Jährlich verlassen 180.000 gut ausgebildete Akademiker Iran. Die Auswanderung erfolgt aus gesellschaftlichen, politischen, in erster Linie aber aus wirtschaftlichen Gründen.

Roos, 07.09.06

Die ungunstigen Zeiten, denen sich die Studenten ausgesetzt sehen, scheinen nicht enden zu wollen. Weiterhin werden sie vorgeladen, verhört, exmatrikuliert, verhaftet und sind den studentischen Organisationen Tätigkeiten untersagt. Über die Lage der inhaftierten Studenten Abolfazl Djahandar und Kheyrollah Derakhschandi herrscht Ungewissheit. Majid Mojtaba Bayat, Mitglied des Vorstands von Tahkim Vahdat, ist für zwei Semester exmatrikuliert, der 20-jährige Bahman Afghan aus Ardebil ist zu sechs Monaten Gefängnis, 40 Peitschenhieben und 300 Millionen Rials Geldstrafe verurteilt worden. Hossein Nouri von der Universität Urumieh erhielt eine achtmonatige Haftstrafe mit zweijähriger Bewährung. Das Disziplinarkomitee der Universität Hamadan hat elf Medizinstudenten exmatrikuliert. Diese Maßnahmen wurden aufgrund der Proteste ergriffen, die die Auflösung der studentischen Organisationen und die Schließung ihrer Büros ausgelöst hatten. In Hamadan verordnete der Leiter der medizinischen Abteilung die Beschlagnahme des Eigentums des Studentenvereins und die Versiegelung ihres Büros. Den Studentenvereinigungen der Universitäten von Schiras, Sabsevar, der Wirtschaftsfakultät von Sistan und Baluchistan hat man jede Aktivität verboten. 25 Studenten der Universität Teheran, die die Aufnahmeprüfung für die Promotion bestanden hatten, dürfen das Seminar nicht besuchen, 50 andere mussten sich dazu verpflichten, sich mit nichts anderem als dem Studium zu befassen.

Mojtaba Bayat ist der Auffassung, man wolle die Studenten wegen der Probleme mit der Atompolitik, den Kommunalwahlen und den Wahlen zur Expertenversammlung unter Kon-

trolle haben. Im neuesten Verbot von Zeitungen und Zeitschriften wie Sharq und Nameh sieht er den Versuch, die Zivilgesellschaft mundtot zu machen. Roozonline, 19.09.06

Die Agentur ILNA berichtet, dass der Teheraner Student Mohammadreza Rahimirad am 20. Oktober zur Zahlung von 10 Millionen Rials und drei Peitschenhieben verurteilt wurde.

### Der Fall Khoeini

Am Rande der Demonstration für Frauenrechte vom 12. Juni 06 wurde Ali Akbar Mousavi Khoeini, ehemaliger Abgeordneter und Vorsitzender der Akademikervereinigung Advar-e Tahkime Vahdat, der sich mit der Aufdeckung von Geheimgefängnissen in Iran beschäftigte und für Demokratie und Menschenrechte eintritt, festgenommen.

Wie der Anwalt von Ali Akbar Mousavi Khoeini, einem ehemaligen Abgeordneten, erklärte, darf er seinen Mandanten nicht im Gefängnis aufsuchen. Der Untersuchungsrichter habe auch der Ehefrau jeden Besuch verboten. Er wisse noch immer nicht, weshalb sein Mandant in Haft sei. ILNA, 21.06.06

Gestern haben zehn Zivilbeamte des Informationsministeriums das Informationsbüro der Akademikerorganisation Advar-e Tahkime Vahdat durchsucht und Computer, Bücher, Unterlagen beschlagnahmt. Man vermutet, dass die Verhaftung von Keyvan Ansari, einem Vorstandsmitglied, mit seiner Rückkehr aus Deutschland zusammenhängt.

Außerdem haben Sicherheitskräfte nach einer vierstündigen Durchsuchung des Hauptbüros der Akademikerorganisation Dokumente, Archivmaterial und Computer beschlagnahmt. Die Durchsuchung erfolgte, nachdem 100 Tage zuvor Moussavi Khoeini, Generalsekretär der Organisation verhaftet worden war. Vom Verein hieß es, es fehle jede gesetzliche Grundlage für seine Festnahme. Gooya, 19.09.06

Dank der Bemühungen seiner Frau durfte Moussavi Khoeini, Ex-Abgeordneter und Generalsekretär der Akademikerorganisation, an den Feierlichkeiten zum 40. Todestag seines Vaters teilnehmen. Er erschien mit einstündiger Verspätung, und die Sicherheitsbeamten verhinderten jedes Gespräch zwischen ihm und seiner Frau. Vor der Moschee aber protestierte er gegen seine Situation im Gefängnis: „Alle sollen wissen, dass ich unter starkem Druck stehe und fünf Mal pro Tag verhört werde!“ Angesichts

seiner Prellungen am Hals und Kopfverletzungen erklärte er, dass er physisch und psychisch gefoltert werde, nachts mit angebandenen Händen und Füßen schlafen müsse, und von Sicherheitsbeamten und Verhörern gedrängt werde, in Briefen an hoch stehende Persönlichkeiten des Landes seine Tätigkeiten zu bereuen. Er bat alle Medienvertreter, die Welt über seine Situation in Kenntnis zu setzen. Gooya, 23.09.06

Am 22. Oktober wurde Moussavi Khoeni gegen Zahlung einer äußerst hohen Kaution frei gelassen, berichtete seine Frau.

### Der Fall Ramin Djahanbeglu

*Bei diesem Fall handelt es sich um die Verhaftung eines angesehenen, bekannten iranischen Wissenschaftlers. Ramin Djahanbeglu arbeitet im Bereich der Philosophie und hat in den letzten Jahren mit namhaften Philosophen und Politikern Dialoge geführt, die zum Teil in Buchform vorliegen. Er hat an der Sorbonne in Philosophie promoviert, lehrte und forschte an der Harvard Universität und der Universität in Toronto. Die letzten Monate verbrachte er in Indien, wo er auch ein Gespräch mit dem Dalai Lama führte. Sein letztes Buch „Reden über Indien“ wurde im August 2006 von der Universität Oxford veröffentlicht. Seine Verhaftung wurde am 4. Mai offiziell bestätigt.*

Djahanbeglu wurde auf dem Flughafen verhaftet, als er nach Indien wollte. Man wirft ihm Spionage vor, wie wir es schon von früheren Fällen kennen, z.B. bei Faraj Sarkuhi, Siamak Pourzand, Abbas Abdi, Hossein Ghazian, und Abdolfattah Soltani. Rooz, 04.05.06

Wie der Informationsminister Gholamhossein Mohseni Eje'i mitteilte, wurde Djahanbeglu von der Justizbehörde wegen seiner Verbindung mit ausländischen Mächten verhaftet und befindet sich in zur weiteren Aufklärung in Obhut des Informationsministeriums. Mehr, 06.05.06

Nach einer Erklärung der EU, in der sie gegen die Inhaftierung von Djahanbeglu und die Verletzung internationaler Vereinbarungen zu Menschenrechten durch iranische Sicherheits- und Justizbehörden protestiert hatte, wurde berichtet, dass Geständnisse Djahanbeglus vorliegen. Die Zeitung Ressalat wendet sich gegen die EU und schreibt: „Nach der Verhaftung von Ramin Djahanbeglu und seinen erschütternden Geständnissen hat die EU ihre Sorge über die Menschenrechtsverhältnisse in Iran geäußert und seine sofortige Freilassung verlangt. Der

Film mit seinen Geständnissen wurde in einer Kulturinstitution gezeigt. Darin beschreibt Djahanbeglu seine Verbindungen zu Kanada und erklärt, dass er durch die Verbindung mit einem konterrevolutionären Element den Botschafter eines europäischen Landes kennen gelernt habe, und die Aufgabe erhielt, sich für eine sanfte Revolution in Iran einzusetzen. Ressalat, eine Zeitung, die beste Verbindungen zu den Sicherheitsbehörden hat und immer wieder Geständnisse von Journalisten und Intellektuellen druckt, erwähnt nicht, warum sie einem Film mit Aussagen aus der Untersuchungshaft Glauben schenkt und gegen Djahanbeglu und die internationale Unterstützung für ihn Stellung nimmt. Vermutlich handelte es sich bei der „Kulturinstitution“ um die Sitzung des höchsten Rats der Kulturrevolution, einer Behörde, der Khamenei vorsteht... Nach zwei Monaten Haft hat man den Druck auf Djahanbeglu erhöht, um ihn zu Geständnissen zu zwingen, so wie sie zuletzt 2004 von vier Webloggern erpresst wurden, die erst schriftlich und dann im Fernsehen ihre Reuebekennnisse ablegten. Damals protestierten Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland, und es war klar, dass erpresste Geständnisse keinen Wert haben. Damals haben dann zwei Beschuldigte vor dem Sonderkomitee des Präsidenten erklärt, Zwangsgeständnisse abgelegt zu haben. Sie wurden vom Chef der Justiz empfangen und ihr Fall eingestellt. Vor den Webloggern wurde Ali Afshari, Mitglied der Studentenbewegung, in Isolationshaft zu Geständnissen gezwungen. Nach seiner Freilassung berichtete er darüber. Eine Ausnahme ist Said Sirjani, der im Gefängnis umkam und nicht mehr über die Erpressung sprechen konnte. Vor drei Jahren gingen die Sicherheitskräfte mit der gleichen Methode gegen Professor Dariush Zahedi vor, der nur auf Druck der öffentlichen Meinung und der Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland freikam.

Zum Vorwurf der sanften Revolution sagte der Informationsminister: „Amerika versucht nicht nur in Iran, sondern in vielen Ländern der Welt die sanfte Revolution durchzusetzen. Djahanbeglu hatte einen solchen Auftrag, für dessen Erfüllung ihm bestimmte Möglichkeiten eingeräumt wurden, die den Verdacht der Sicherheitsbehörden erregten. Jetzt sind wir dabei, die Untersuchungen abzuschließen und zu entscheiden, welche Informationen wir bekannt geben.“

17.07.06

Nach Angaben des Generalstaatsanwalts des Landes hat sich Djahanbeglu selbst mit der

Veröffentlichung seines Interviews einverstanden erklärt. Allerdings sei die Frage der Veröffentlichung noch nicht endgültig geklärt. In seinen Geständnissen gebe er zu, die sanfte Revolution verfolgt zu haben und spricht auch von Geldquellen. Für sein Fehlverhalten entschuldigt er sich. ISNA, 16.08.06

Djahanbeglu hat zugegeben, mit amerikanischen Stellen zusammengearbeitet und Kontakt mit Haleh Esfandiari (iranische Konterrevolutionärin, Frau eines Juden) gehabt zu haben. Außerdem hatte er ein Forschungsstipendium zum Thema Intellektuelle in Iran. Mit finanzieller Hilfe amerikanischer Stellen hat er an wissenschaftlichen Kongressen teilgenommen, mithilfe von verschiedenen Botschaften ist er in deren Länder gereist, wo er mit Intellektuellen über die sanfte Revolution und ihre Wirkung auf Iran diskutiert habe. Ressayat, 24.08.06

Völlig unerwartet kam Ramin Djahanbeglu am 30. August ins Büro von ISNA (studentische Nachrichtenagentur) und bestand darauf, seine Situation darzustellen und über einige Themen zu sprechen. Er war äußerst erregt und sprach ohne jede Einführung und Unterbrechung: „Ich bin heute frei gelassen worden und weil ich wusste, dass ich nach meiner Ankunft zu Hause von aller Welt angerufen werde, wollte ich zuerst dieses Gespräch führen, um mich frei fühlen zu können. Ich beabsichtige, zu verreisen. Ich möchte eine längere Zeit mit meiner Familie verbringen und brauche unbedingt Ruhe und eine andere Umgebung. Wenn man nämlich längere Zeit ins Gefängnis gesperrt wird – und seien es nur zwei Wochen – hat man das Bedürfnis, wie ein wild gewordenes Pferd herumzulaufen.“ Auf die Frage, warum er ISNA aufgesucht habe, sagte er: „Weil ich bemerkt habe, dass Ihre Berichte der Wahrheit entsprechen. Außerdem ist ISNA eine studentische Agentur, die sich an die intellektuelle Schicht wendet. Und schließlich – wie viele Agenturen gibt es denn? – habe ich doch wohl richtig entschieden.“ Auf die Frage, ob es nicht angemessener wäre, dieses Gespräch ohne Zeitdruck und in Anwesenheit anderer Medienvertreter zu führen, erwiderte er: „Ich bin Forscher und wenn man aus dem Gefängnis freikommt, wo man unter schweren Bedingungen einsaß, ist die Seele verletzt und man wünscht sich besonders Ruhe. Daher ist es besser, aus eigener Entscheidung das Gespräch zu suchen, als sich auf wiederholte Anfragen zu einem Interview bereit zu erklären. Ich habe mich dafür entschieden, bei erster Gelegenheit die Initiative zu ergreifen.“

Zur Verhaftung sagte er: „Am 25. April wurde ich verhaftet. Man warf mir Verstöße gegen die Sicherheit des Landes und Kontakt mit Ausländern vor. Ich musste auch vorher immer, wenn ich auf dem Flughafen ankam, Fragen beantworten. Mein Pass wurde immer genau untersucht. Aber dieses Mal musste ich mitkommen.“ Zur Situation im Gefängnis und den Haftgründen sagte er: „Die Verhältnisse im Gefängnis sind bedrückend. Ich wusste natürlich, dass man mir bestimmte Straftaten wie Raub, Verbrechen oder Schmuggel nicht vorwirft, aber ich vermutete, dass meine Beziehungen zu Ausländern der Grund sein könnte, denn ich bin häufig auf Kongressen. Wahrscheinlich bin ich wegen Verbindungen zu amerikanischen Behörden verhaftet worden. Mir wurden Aktivitäten gegen die innere Sicherheit und Kontakt mit Ausländern vorgeworfen, Spionage nicht. Im Internet habe ich zu Themen über Iran und den Nahen Osten geschrieben, was teilweise die Sicherheit betraf, aber dies geschah nicht bewusst.“ Er erklärte, er sei im Trakt des Informationsministeriums gewesen, sein Fall beim Revolutionsgericht. „Der erste Monat war sehr hart, weil ich keine Besuchserlaubnis hatte. Dann kam ich in eine Einzelzelle, wo ich Fernsehen, Zeitungen und ein Telefon bekam, um mit meiner Familie zu sprechen. Ich weiß nicht, ob nur ich diese Bedingungen hatte.“ Über den fehlenden Anwalt sagte er: „Ich kenne die Justiz in Iran nicht. Aber im Gespräch mit meiner Familie wurde entschieden, dass wir das Problem selbst lösen, weil ich nicht wusste, wer mich in meinem Fall betreuen kann, wem ich Vertrauen schenken kann.“ Auf die Kautionsfrage für die Freilassung angesprochen, erwiderte er: „Ich kann nur sagen, dass die Kautionshöhe sehr hoch ist. Die Grundbücher für zwei Grundstücke musste ich hinterlegen.“ Zu seinem Gewichtsverlust meinte er: „Ich denke, das Gefängnis ist immer eine schlechte Zeit. Niemand will seine Ferien im Gefängnis verbringen.“ ISNA, 30.08.06

Der Informationsminister hat Ramin Djahanbeglu vor dem Büro von ISNA frei gelassen. Das hätte er vor der offiziellen Nachrichtenagentur IRNA machen können, aber er wollte das Ansehen von ISNA aufs Spiel setzen. Er wurde frei gelassen, damit er die Treppen hoch geht und alles, was er im Film ausgesagt hat, bei ISNA live wiederholt. Was ihm im Evin-Gefängnis widerfuhr, aufgrund welchen Geständnisses er die Treppen erklimmen konnte und welche Wahrheit sich hinter seinen Aussagen verbirgt, wird eines Tages geklärt werden.

Aber bis dahin wird so viel geschehen, dass sich niemand mehr für die Enthüllungen von Džahanbeglu interessiert. Ein sich ewig wiederholendes Ereignis in der Islamischen Republik Iran.  
Peyknet, 02.09.06

### Anwälte: Der Fall Soltani

Ein großes Problem bei den Prozessen gegen politische Gefangene ist die Nichtzulassung von Verteidigern oder die Verweigerung der Akteneinsicht. Manche Anwälte, die dennoch den Mut zur Verteidigung aufbringen, werden so lange schikaniert, bis sie die Verteidigung niederlegen. In vielen Fällen aber werden die Anwälte gleicher „Straftaten“ wie ihre Mandanten beschuldigt und ebenfalls inhaftiert. Dies widerfuhr der Anwältin für Frauenrecht, **Mehrangiz Kar**, als sie im April 2000 vom Iran-Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung nach Iran zurückkehrte. **Nasser Zarafschan**, Anwalt der Angehörigen der Opfer der Serienmorde von 1998, wurde verurteilt und ist noch immer in Haft. Mohsen Rahami und Schirin Ebadi, die die inhaftierten Studenten verteidigen, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, sind jetzt aber frei. Ebenso erging es **Mohammed Seifzadeh** und **Mohammedali Dadkhah**, die Studenten und Mitglieder der national-religiösen Allianz und Freiheitsbewegung verteidigen, oder den Anwälten und Professoren **Mohammad Sharif** und **Seyed Mohammad Hashemi**. Einige der Anwälte erhielten Berufsverbote zwischen drei und zehn Jahren.

In Anwesenheit einer Reihe seiner Kollegen wurde der Anwalt **Abdolfatah Soltani** im August 2005 in der Anwaltskammer verhaftet. Er wurde der Beleidigung der Staatsanwaltschaft und der Propaganda gegen die Sicherheit des Landes und das System beschuldigt. 219 Tage saß er in Untersuchungshaft, davon zwei Monate in einer Einzelzelle im Trakt 209 des Evin-Gefängnisses, der nicht der Justiz, sondern dem Informations- und Sicherheitsministerium untersteht und illegal ist. Entgegen der Vorschrift, dass politische Gefangene keine Häftlingskleidung tragen müssen, ist es in 209 Pflicht. Das Verbinden der Augen und die Unterbringung in der Einzelzelle sind gesetzlich verboten, aber der Trakt 209 umgeht das Verbot. Hier kommt jeder Gefangene zur Gehirnwäsche in Isolationshaft und hat keine Möglichkeit, mit der Außenwelt in Kontakt zu treten oder durch Radio und Presse an ihr teilzunehmen.

Sieben Monate lang hatten weder **Abdolfatah Soltani** noch sein Anwalt die Möglichkeit, die

Akten einzusehen. Der Staatsanwalt von Teheran, Said Mortazawi, behauptet, **Soltani** habe geheime Unterlagen zur nuklearen Anreicherung an Angehörige ausländischer Botschaften weitergegeben. Einer von **Soltanis** Anwälten erklärte dazu, er habe überhaupt keinerlei Verbindung mit den Anlagen.

Nach einer Reihe von Verfahren wurde **Soltani** schließlich im Juli 06 zu fünf Jahren Gefängnis, weiteren fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte und Berufsverbot verurteilt.

**Kyrosch Sa'im**, Mitglied des Zentralrats der Nationalen Front, wurde am 20. Oktober 2006 verhaftet und ins Evin-Gefängnis gebracht. Der Schriftsteller, der wegen seiner kritischen Äußerungen und Artikel gegen die Politik der Regierung bekannt ist, zählt zu den in diesem Jahr festgenommenen politischen Aktivisten. Wessen er konkret beschuldigt wird, ist nicht bekannt.

### Geistliche Gegner

Ende Januar erschien unter der Überschrift „Wer ist für das gesetzeswidrige Vorgehen der Sicherheitsbehörden in Isfahan verantwortlich?“ ein Offener Brief des Geistlichen Aliasghar Gharavi.

„Nur eine Woche nach den Wahlen zur Präsidentschaft wurde ich vom Informationsministerium in Isfahan vorgeladen. Nach dreistündigem Verhör verlangte man von mir, das Freitagsgebet, das ich in meinem Haus abhalte, auszusetzen. Ich habe das Gebet ausgesetzt. Der zuständige Sicherheitsbeamte betonte jedoch, dass Sitzungen zur Interpretation des Koran fortgesetzt werden dürften. Diese Sitzungen fanden mal wöchentlich, mal zweiwöchentlich statt. Doch nach einer Weile forderte der gleiche Sicherheitsbeamte von verschiedenen Personen, in deren Haus die Sitzungen stattfanden, auch diese aufzugeben. Jetzt frage ich Sie, die Schriftgelehrten, ob die Sicherheitsorgane oder irgendeine andere Macht in einer islamischen Gesellschaft das Recht haben, das Freitagsgebet und diese Sitzungen zu untersagen. Ihre Antwort auf meine Fragen wird mich aufklären und jeden Zweifel beseitigen.“  
Atvarnews, 31.01.06

Brief des Geistlichen Seyed Hossein Kazemi Broujerdi an Xavier Solana vom 18.09.06

Sehr geehrter Herr Solana,  
ich bin unabhängiger Geistlicher und werde seit Jahren unter Druck gesetzt, weil ich nur religiö-

se Tätigkeiten ausübe und mich nicht in politische Angelegenheiten einmische. 1979 wurde ich von einem anerkannten großen Religionsführer ermächtigt, die religiöse Führung der Hemmatabad-Moschee in Teheran zu übernehmen. 1995 wurde ich verhaftet, weil ich nicht bereit war, einen politischen Islam zu propagieren. Ich wurde monatelang gefoltert und erst frei gelassen, als ich schriftlich zusagte, meine Überzeugungen nicht weiter zu verfolgen. Trotz aller Torturen habe ich religiöse Aufklärung betrieben und die wahre Botschaft des Islam, der Gewalt und Alleinherrschaft ablehnt, weitergetragen. Am 30. Juli 06 hat man mein Haus und das meines Vaters, eines ehemals angesehenen Geistlichen, gleichzeitig durchsucht, Schlösser aufgebrochen, Türen eingeschlagen und viele wertvolle Bücher meines Vaters mitgenommen. Meine Tochter und mein Schwiegersohn, mein Chauffeur und meine Hausangestellte wurden im Trakt 209 misshandelt... Tagtäglich bedroht man meine Anhänger, erpresst von ihnen Geständnisse, bringt sie ins Fernsehen, damit sie bezeugen, ich würde die Interessen Englands vertreten und hätte Millionen Dollar aus Amerika bekommen.

Das Informationsministerium und das Sondergericht für die Geistlichkeit drohen, mich und meine Anhänger hinzurichten, falls wir nicht aufgeben.

Wir befinden uns in einer schrecklichen Lage. Die Presse wird zensiert, Satellitenschüsseln wurden entfernt, weshalb ich unsere Forderung nach einer Religion ohne politische Inhalte nicht verbreiten kann.

Am 4. Oktober berichtet die Internetseite asreno von der Verhaftung des Geistlichen Broujerdi. Danach hatten Sicherheitskräfte sein Haus umstellt und über hundert Anhänger und Personenschützer festgenommen, von denen drei wieder frei gelassen wurden. Einer von ihnen hatte einen Zettel bekommen, auf dem stand: „Gebt auf, oder ihr werdet getötet!“ Zuvor hatte Broujerdi in einem Brief „die unmenschlichen Angriffe des Informationsministeriums und des Sondergerichts für die Geistlichkeit auf die Ausübung traditioneller und politikferner Religion“ beklagt. „Nur Gott weiß, welche Verbrechen und Ungerechtigkeiten mir in dieser Zeit von Personen angetan werden, die den Anspruch auf Einhaltung des Islam erheben. Hunderte meiner Anhänger befinden sich im mittelalterlichen Trakt 209 des Evin-Gefängnisses und erfahren durch die Handlanger des Geldes und der Lüge physische und psychische Miss-

handlung. Zurzeit erleben wir das Countdown des Informationsministeriums und des Sondergerichts für die Geistlichkeit zur Ermordung von mir, meinen Anhängern und allen, die gegen die Politisierung der Religion eintreten. Die Schule neben meinem Haus ist besetzt und wird als Stützpunkt für Angriffe auf jeden, der mich aufsucht, benutzt.“

### **Zur Situation von Arbeitern**

Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 14%, inoffiziell jedoch 50%. In der Industrie sind rund 30% der Erwerbstätigen beschäftigt, deren Arbeitsplätze zum großen Teil nicht sicher sind, da in zunehmendem Maße Zeitverträge abgeschlossen werden. Sind Zeitarbeiter krank, werden ihre Verträge annulliert. Die Löhne sind der rasanten Inflation (2006: 14,5%) nicht angeglichen und in vielen Fällen monatelang nicht ausgezahlt worden. Freie Gewerkschaften gibt es nicht, Arbeiter müssen sich selbst vertreten.

Im Januar 2004 protestierten Arbeiter eines Eisenhüttenwerkes in Kerman zehn Tage lang gegen die Entlassung von Zeitarbeitern und forderten geregelte Arbeitsverträge. Bei einem Sit-In vor dem Verwaltungsbüro schlugen Sicherheitskräfte brutal auf sie ein, wobei vier Personen getötet und 25 schwer verletzt wurden. Erst im Januar 2005 räumte der Gouverneur von Kerman ein, dass die Sicherheitskräfte dafür verantwortlich waren.

Im Januar 2004 versammelten sich in Baft 400 Minenarbeiter vor dem Büro des Gouverneurs, um dagegen zu protestieren, dass sie seit acht Monaten keinen Lohn erhalten hätten, ihre Versicherungskarten nicht verlängert worden seien und der Strom der Betriebswohnungen seit einem Monat abgestellt sei. Außerdem seien einige Anlagen der Firma wegen Verbindlichkeiten des Betriebes von der Justiz beschlagnahmt worden. Um überleben zu können, hätten sie alle Wertsachen ihrer Frauen verkaufen müssen. Als im Oktober 2005 in einer privatisierten Mine bei einer Gasexplosion neun Arbeiter ums Leben kamen, wurden keine Ermittlungen aufgenommen. Die Angehörigen drohten mit einem Sitzstreik in Teheran, der so lange andauern sollte, bis sie zu ihrem Recht kämen.

Im Zuge der Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe erklärte der Arbeitervertreter von Kachan im Oktober 2005, die Schließung von über 5000 Arbeitsstätten führe zur Arbeitslosigkeit von Tausenden und zu zunehmender Verarmung. Darauf müsse die Regierung ant-

worten. Nachdem eine der größten Textilfirmen des Landes, Iran Barg in Gilan, nach der Privatisierung den 2000 Arbeitern acht Monate keinen Lohn bezahlt hatte, machten sich 200 im Oktober 05 auf den Weg nach Teheran, um mit Verantwortlichen zu sprechen. Das gleiche machten 200 der 700 Minenarbeiter von Elburs Gharbi in Khuzestan, deren Lohn im Oktober 05 seit neun Monaten ausstand. „Wir zahlen die Zeche für Privatisierungen. Die einzige Waffe, die wir haben, sind Protestversammlungen“, sagte ein Arbeitnehmervertreter

Im Oktober 05 protestierten in Tabass Tabass 150 Arbeiter einer Baufirma, die einen Staudamm errichten, weil sie vier Monate keinen Lohn erhalten haben. Im Dezember streikten Glaserei-Arbeiter in der Nähe von Saveh gegen den zehnmonatigen Ausfall ihres Lohnes, die Arbeiter der Zuckerfabrik Nour Sepahan versammelten sich vor dem Sitz des Gouverneurs, weil ihr Lohn drei Monate nicht gezahlt wurde und die Arbeiter der Tresorfabrik Kaweh gingen aus Protest vor das Arbeitsamt der Provinz Teheran, um ihren sechs Monate ausstehenden Lohn zu fordern. Die Tresorfirma sagte in Verhandlungen die Zahlung von 50% der Löhne zu, hielt aber ihr Versprechen nicht, so dass es im Januar 06 zu erneuten Kundgebungen kam. Arbeiter einer Textilfirma in Ghazwin, die sieben Monate ohne Lohn geblieben waren, blockierten aus Protest die Straße zwischen Ghazwin und dem Industriekomplex Elburs. 238 Arbeiter einer Firma in Pakdascht veranstalteten im Januar einen Protestmarsch, weil sie trotz Zusage seit neun Monaten keinen Lohn erhalten haben, und die Firma Aluforn, die vier Monate keinen Lohn bezahlt hatte, schloss ohne Angabe von Gründen.

Hinzu kamen Streiks der Lehrer und der Busfahrer. Die Lehrer forderten ausstehende Gehälter, die sie schließlich erhielten. Die Busfahrer hatten sich am 25. Dezember an drei Knotenpunkten Teherans versammelt, um gegen die harten Arbeitsbedingungen und den seit Jahren nicht an die Inflation angeglichenen Lohn zu protestieren. Einige Streikende wurden von der Teheraner Staatsanwaltschaft in ihren Wohnungen verhaftet, darunter **Mansour Osanlu**, der Vorsitzende der Teheran Bus Company und sieben seiner Mitarbeiter, viele wurden niedergeprügelt und verletzt. Am 28. Januar streikten die Busfahrer wieder an verschiedenen Orten in Teheran und forderten die Freilassung ihrer inhaftierten Kollegen. Erneut kam es zu Festnahmen und dem Verschwinden von vier Ehe-

frauen inhaftierter Busfahrer. 84 Mitglieder der Busgesellschaft wurden vor Gericht zitiert, verhaftet und ins Evin-Gefängnis gesteckt. Inzwischen hatten sich auch Studenten dem Streik angeschlossen. Der 15. Februar 2006 wurde weltweit zum Solidaritätstag der Gewerkschaften mit den iranischen Busfahrern, doch es half nichts: Die Streikenden wurden entlassen und als sie sich weigerten, die Entlassungsurkunden zu unterzeichnen, kam es im Juli zu weiteren Verhaftungen. Am 30. Mai zitierte die Zeitung „Rooz“ **Osanlou: „Man hat mich ins Informationsministerium, ins Innenministerium, überallhin gebracht. Aber das Recht ist auf meiner Seite. Zu den Beamten des Informationsministeriums habe ich gesagt: Wir haben eine Revolution gemacht, damit wir unabhängig und frei sind, damit Gerechtigkeit herrscht, unsere Frauen und Kinder nicht hungern und unsere Töchter nicht aus Armut zur Prostitution nach Dubai oder Karatschi müssen. Wir verlangen nicht viel. Es heißt doch, unser Land sei reich und wir brauchen nicht unter solchen Verhältnissen zu leben. Als ich das sagte, schwieg der Beamte und blickte nach unten.“** Die Zeitung schreibt weiter: „Das sind die letzten Worte von **Mansour Osanlou**, der seit Monaten an unbekanntem Ort inhaftiert ist und unter starkem Druck steht, damit sich sein Fernsehauftritt nach der ewig gleichen Masche wiederholen kann und er Verbindungen mit dem Ausland zugibt.“ Ende Juli forderten die internationalen Gewerkschaften ICFTU und ITF in einem Scheiben an Ahmadinedschad die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Teheraner Verkehrsbetriebe. Ihr Anliegen trugen sie auch der ILO vor. Erst Ende August kam **Mansour Osanlou** gegen Zahlung einer hohen Kaution frei.

Am 21. Mai berichteten die Medien, dass innerhalb der letzten drei Wochen 17.000 Arbeiter entlassen wurden, was auf die Entscheidung, den Minimallohn um 25% zu erhöhen, zurückgeführt wurde.

Anfang Juni gab das Arbeitsministerium bekannt, dass in den vergangenen zwei Monaten 50.000 Arbeiter arbeitslos geworden seien, Ende Juli hieß es, dass 7.000 Personen in Gilan ein Fall für die Arbeitslosenversicherung geworden seien. Diese Zahl dürfte jedoch erheblich ansteigen. Der 28stündige Streik von 620 Minenarbeitern Mitte Juni in Sangroud, die seit 17 Monaten keinen Lohn erhalten hatten, löste eine wahre Welle der Solidarisierung aus. 2000 Per-

sonen fanden sich zur Unterstützung ein. Es wurde ein Marsch nach Teheran geplant.

In Sanandaj (Kurdistan) streikten vom 19. August an Arbeiter einer Textilfirma für Lohnerhöhung und einen sicheren Arbeitsplatz, doch der Besitzer erklärte, er könne die Löhne aus finanziellen Gründen nicht erhöhen. Als nach acht Tagen noch immer gestreikt wurde, gingen die Sicherheitsbehörden mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Arbeiter und ihre Angehörigen vor.

Der einmonatige Streik in unterschiedlichen Abteilungen einer Autofirma führte im September zur Einstellung der Produktion von Bussen und Lastwagen. Die 7.000 Schichtarbeiter sollen neuerdings nur noch Monatsverträge bekommen. Polizeikräfte gingen gegen die Streikenden vor.

Mitte September versammelten sich mehrere hundert Arbeiter einer Textilfirma in Kaschan vor dem Sitz des Gouverneurs, um gegen ihren seit vier Monaten ausstehenden Lohn zu protestieren, während rund 500 Arbeiter der Frühlingschicht die Straße zwischen Kaschan und Ghom blockierten.

Als über 300 Arbeiter der Teppichfirma Elburs zum Sitz des Gouverneurs in Babolsar aufbrachen, um gegen ihren unsicheren Arbeitsplatz zu protestieren, versuchten die Sicherheitskräfte durch Verhaftung einiger Arbeiter den Marsch zu verhindern.

Am 25. September schließlich hielten rund 300 Textilarbeiter von Ghazwin, die seit 29 Monaten ohne Lohn dastehen, eine Kundgebung vor dem Sitz des Präsidenten ab. Wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, würden sie weiter protestieren. Niemand fühle sich für sie verantwortlich.

### **Pressefreiheit**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch schreibt in ihrem Jahresbericht vom 21. Januar 2006 zum Thema Meinungsfreiheit:

„Die iranischen Behörden, die im April 2000 begonnen haben, Zeitungen zu verbieten, Reporter und Redakteure ins Gefängnis zu werfen, unterdrücken die Meinungsfreiheit systematisch. Das Resultat ist, dass es nur noch ganz wenig unabhängige Zeitungen gibt, die sich wiederum einer scharfen Selbstzensur unterwerfen. Viele Schriftsteller und Intellektuelle haben entweder das Land verlassen oder sitzen im Gefängnis oder enthalten sich jeder kritischen Stellungnahme. Seit 2005 haben die iranischen Behörden die Weblogger im Visier, um die Verbreitung von Nachrichten im Internet zu

verhindern. Allein zwischen September und November wurden über 20 Weblogger festgenommen, gefoltert oder in Isolationshaft gehalten. Sämtliche Websites, die die Innen- und Außenpolitik Irans analysieren, werden geschlossen. Mitte Februar hat ein Gericht in der Provinz Gilan Arash Zigartschi wegen seiner Veröffentlichungen im Internet zu 14 Jahren Haft verurteilt, im August erhielt ein Weblogger namens Mojtaba Samiinejad wegen „Beleidigung der Führung“ eine zweijährige Haftstrafe. Nach dem Verbot unabhängiger Zeitungen und Zeitschriften und der Unterbindung der Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in Iran hat sich auch die Lage der Häftlinge im Evin-Gefängnis und anderen geheimen Gefängnissen unter Aufsicht der Justizbehörde und der Revolutionsgarden verschlechtert. Die Verantwortlichen foltern und misshandeln Menschen wegen ihrer friedlichen politischen Gesinnung. Oft akzeptieren Richter erzwungene Geständnisse. Die Einzelhaft, oft in unterirdischen Zellen, wird praktiziert, um die Inhaftierten zu Aussagen zu zwingen, die andere belasten. Alles wird auf Video aufgenommen. Längere Isolationshaft versetzt den Häftling, der ohne Rechtsbeistand ist, in eine ausweglose Situation. Zwar hat die Justizbehörde im Juli 2005 in einem internen Bericht die Anwendung von Folter und illegalen Verhaftungs- und Verhörmethoden zugegeben, doch er blieb ohne Konsequenzen. Man hat nichts unternommen, niemanden zur Verantwortung gezogen. Es fehlt jeder Mechanismus, der Menschenrechtsverletzungen durch Verantwortliche registriert und untersucht. Begünstigt wird dieser Prozess durch die Schließung der unabhängigen Presse.

Ehemalige Gefangene berichteten in den letzten Jahren immer wieder, dass der Staatsanwalt von Teheran, Said Mortazawi, und sein Büro für die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Es deutet alles darauf hin, dass Mortazawi die Verantwortung für illegale Verhaftungen, Folter und Erpressung falscher Geständnisse trägt. Bis heute ist die Ermordung der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi, die 2003 unter seiner Aufsicht geschah, nicht geklärt. Die Anwälte der Familie von Frau Kazemi haben dargelegt, dass ihr zusätzlich zu der Folter (Nasenbruch, Bruch von Fingern und Zehen) in einer dem Informationsministerium unterstehenden Zelle drei Tage später bei einem Verhör durch Mortazawi schwere Schläge auf den Kopf zugefügt wurden. Dem Obduktionsbericht zufolge

ist sie an einem Schädelbruch verstorben, weshalb die Anwälte im Juli Anklage wegen vorsätzlichen Mordes erhoben, die vom Revisionsgericht zurückgewiesen wurde. Die Justizbehörde hat alles unterlassen, um diesen Mord aufzuklären.“

Im Dezember 2005 teilte der Vorsitzende Richter des Strafgerichts der Provinz Teheran mit, dass 60 Verfahren gegen Presseleute anhängig seien, das Urteil in 40 Fällen fest stehe und die restlichen 20 in Kürze geklärt würden.

Etemad, 20.12.05

Nach Aussage seines Bruders wurde der Reporter Amin Mobahedi aus Ardebil, der in Meshkinshahr lebt, von Sicherheitsbeamten misshandelt und gefoltert.

Gooya, 26.01.06

Der kurdische Journalist Edjlal Ghawami wurde vom Revolutionsgericht in Sanandadj zu einem Ausreiseverbot verurteilt. Wegen Beleidigung des Führers, Verbindung zu oppositionellen Gruppen, aktiver Planung und Teilnahme an den letzten Ereignissen in Kurdistan war er vom Staatsanwalt als „Kämpfer gegen Gott und Verderber auf Erden“ bezeichnet worden. Nach einer Haft von 65 Tagen kam er gegen Hinterlegung einer Kaution von 100 Millionen Toman frei.

Tabriz News, 01.03.06

Besorgt über die kürzlich erfolgte Verhaftung von Journalisten äußerte sich der Journalistenverband: „In den letzten Tagen wurden in Teheran und anderen Städten Journalisten verhaftet... In Teheran kam der Journalist Ali Afsahi nach Vorladung des Revolutionsgerichts an unbekanntem Ort in Haft. Sieben Mitarbeiter der Zeitschrift „Tamadun-e Hormuzgan“ wurden in Bender Abbas wegen beleidigender Berichte verhaftet und über das Schicksal der Journalistin Elham Afrutan herrscht Ungewissheit.“

Shargh, 19.02.06

Der Minister für Islamische Führung erklärte: „Einige Massenmedien glauben sich in einer Atmosphäre wie vor den Präsidentschaftswahlen, denn ihre Berichte sind entsprechend verfasst... Dies ist ein gravierender Fehler der Medien, und ich fordere diese auf, ihre Politik zu ändern. Ich wundere mich darüber, dass eine kleine Minderheit die neue Lage nicht spürt und ihr Verhalten nicht dementsprechend ändert.“

IRNA, 28.04.06

Der Minister für Islamische Führung, Hossein Safar Harandi, sagte, die Presse, die bestimmte Themen aufgreife, argumentiere, dies sei ihre Pflicht und Berufung. „Woher habt ihr diese Berufung? Die haben die Heiligen! Aber was habt ihr?“ Die Rede des Ministers ist deshalb wichtig, weil er der Presse zu einer Zeit droht, in der der Innenminister gewarnt hat: „Ich empfehle der Presse, nicht auf dem Feld des Feindes zu spielen.“

Rooz, 21.05.06

Der Chefredakteur der in Tabriz erscheinenden Wochenzeitschrift Saghi, Hadi Deghani, wurde so zusammengeschlagen, dass er wegen Verletzungen an Kopf, Hals und Bauch behandelt werden musste. Wie ein Redakteur erläuterte, steht dies in Zusammenhang mit kritischen Berichten über einen Verantwortlichen im Bürgermeisteramt. Auch die Mitarbeiter der Zeitschrift würden bedroht.

Ensafali Hedayat, Journalist aus Tabriz, wurde nach 18 Monaten Haft entlassen und hat beim Büro der UNO in der Türkei um Asyl gebeten. Das gleiche tat der Weblogger Seyed Ahmad Seyed Saradji aus Tabriz, der Iran nach mehreren Monaten Haft und 30 Peitschenhieben verlassen hat.

Massumeh Babapour, Lokalreporterin in Tabriz, ist auf offener Straße entführt und mit sieben Messerstichen unter einer Brücke liegen gelassen worden.

Der Pressefotograf Hossein Ghorbani wurde in Tabriz von Personen zusammengeschlagen und misshandelt, die den Behörden nahestehen.

Gooya-news, 25.05.06

Der Oberkommandierende der Pasdaran warnte Gruppen, die in der Presse Zwietracht säen, sich vorzusehen. Diese Personen, die er „politisch gescheiterte Elemente“ nannte, hätten keinerlei gesellschaftliche Unterstützung. Sollten sie Spaltungen heraufbeschwören, werde dies als nationaler Verrat angesehen. Mit aller Härte würden Revolutionsgarden und Bassidji gegen Konterrevolutionäre und Verräter vorgehen. „In den letzten 27 Jahren haben wir viel Geduld gezeigt, aber ich warne alle, die Meinungsverschiedenheiten schüren, auf ihre Äußerungen in den Medien zu achten.“

Etemad, 27.5.06

Nach den Protesten der Aserbaidschaner sind viele Studenten und politisch und kulturell Aktive von den Sicherheitskräften in ihren Wohnungen verhaftet worden. Eine große Zahl von Schriftstellern und Journalisten ist unter ihnen. Vor einigen Tagen wurde der Weblogger und

Student der Teheraner Amir-Kabir-Universität, Abed Tavantsche, von der Sicherheitsabteilung der Revolutionsgarden festgenommen. Ebenso erging es Yashar Kadjar. Der Weblogger und Journalist Farid Modaressi musste sechs Monate ins Gefängnis.

Seit den Protesten ist es zur Normalität geworden, Journalisten zu verhaften. Kaum treten sie an Orten auf, wo sich Menschen versammeln, werden sie bedroht und verfolgt – genauso wie letztes Jahr in Kurdistan, wo mehrere Lokalreporter in Haft kamen.

Das Berufsrisiko der Journalisten erschwert die kontinuierliche Berichterstattung. Aus Angst vor Verhaftung sind sie nicht ohne weiteres bereit, zu Versammlungen zu gehen.

Rooz, 02.06.06

Im Rahmen der gesetzlichen Autonomie der Provinzen hat das Ministerium für Islamische Führung die Verantwortung für die Kontrolle der Berichterstattung auf die Provinzen übertragen. In Ausübung dieses Rechts hat die zuständige Behörde in Isfahan die verantwortlichen Chefredakteure der Lokalpresse aufgefordert, alle Beiträge vor der Veröffentlichung vorzulegen. Diese Praxis bezieht sich selbst auf Fachbeiträge in medizinischen Zeitschriften.

Rooz, 20.06.06

Die Kammer 1083 des Teheraner Allgemeinen Gerichts hat die viermonatige Haftstrafe auf Bewährung für den Karikaturisten Nikahang Kossar bestätigt.

ILNA, 21.06.06

Der Druck auf Presse und Parteien hat sich im letzten Jahr verschärft. Ebrahim Yazdi, der Generalsekretär der Freiheitsbewegung, erklärte, die Einschränkungen hätten enorme Ausmaße erreicht. Sogar der Regierungssprecher fordere den Staatsanwalt in einem öffentlichen Schreiben auf, gegen Zeitungen, die die Regierung kritisieren, vorzugehen. Wie sollten die Schwächen der Regierung aufgedeckt werden, wenn die Presse sie nicht kritisieren dürfe? Der Druck nehme so zu, dass an den Universitäten sogar die Aktivitäten der islamischen Vereine unterbunden und studentische Wahlen unter allerlei Vorwänden verhindert würden.

Iran-e ma, 27.08.06

Wie der Vorsitzende der Kammer 1083 des Teheraner Gerichts bekannt gegeben hat, hat das Gericht den Chefredakteur der Monatszeitschrift Aftab, Issah Sarkhis, zu vier Jahren Haft auf Bewährung und fünf Jahren Berufsverbot

verurteilt. Außerdem wurden die Lizenzen für Aftab und die Zeitschrift Achbar-e Ekhtesadi zurückgezogen. ISNA, 28.08.06

Mit großer Besorgnis beobachtet der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit zunehmende Einschränkungen. Aufgrund der veränderten Kulturpolitik befindet sich die Presse wegen der Zensur und der damit verbundenen Selbstzensur in einer schwierigen Lage. Mit der Veröffentlichung einer Liste genehmigter Presseagenturen hat das Ministerium für Islamische Führung von der Presse gefordert, nur die genehmigten Agenturen zur Berichterstattung zu nutzen. Außerdem hat das Ministerium die Presse wiederholt mündlich und schriftlich davor gewarnt, die rote Linie zu überschreiten. Die Mahnungen nehmen immer neue Formen an. Sie beziehen sich selbst auf Themen und Personen, über die berichtet werden soll. Der eigentliche Auftrag der Journalisten, Nachrichten zu verbreiten, ist äußerst eingeschränkt

Gooya News, 09.09.06.

Das iranische Informationsministerium hat heute bekannt gegeben, dass das Gremium für Presseaufsicht die Zeitung Shargh verboten und die Lizenz für die Zeitschriften Hafis und Khatereh sowie die Monatszeitschrift Nameh gemäß § 11 des Pressegesetzes zurückgenommen hat.

Begründung für das Verbot der großen Tageszeitung Shargh: Ein Bericht über sexuelle Beziehungen vor der Ehe, Verhöhnung der islamischen Revolution, ein Bericht über uneheliche Kinder, die Bezeichnung des Senders BBC als vertrauenswürdig, Verbreitung marxistischer Ideologie, Veröffentlichung von Bildern, die die Sitten verletzen, Veröffentlichung einer beleidigenden Karikatur, Verhöhnung islamischer Werte.

Die reformorientierte Zeitschrift Nameh wurde verboten, weil sie ein Gedicht der Dichterin Simin Behbahani gedruckt hat. ISNA, 11.09.06

Hassanali Mahdavi, Chefredakteur der Wochenzeitschrift Gharb wurde verhaftet. Offiziell wurde die Verhaftung nicht begründet, doch nimmt man an, dass die Veröffentlichung einer Karikatur von Ahmadinedschad auf der ersten Seite der Zeitschrift der Grund dafür ist.

Gooya, 13.09.06

Masoud Bastani ist gerichtlich aufgefordert worden, sich wegen Vollzugs seiner Auspeitschung zu melden. Er ist Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Neday-e Esslahat“ in Arrak,

die wegen Verbreitung von Unwahrheit und Beleidigung verboten wurde. Bastani ist zu sechs Monaten Gefängnis und 60 Peitschenhieben verurteilt. Rooz, 13.09.06

Gestern wurde bekannt, dass man einen kurdischen Journalisten getötet hat. Khabat Khani war nach dem Verbot der Zeitung „Ashtie“ nach Irak gegangen, um bei einem Verlag zu arbeiten. Als er nach Iran zurückkommen wollte, wurde er im Grenzgebiet von Grenzbeamten erschossen. Peykiran, 13.09.06

Die Zeitung Ruzegar, die es auf 800 Nummern gebracht hatte und nach dem Verbot von „Shargh“ im September in gleicher Aufmachung und unter Mitarbeit einiger Journalisten dieser Zeitung erschien, wurde – wie „Entekhab am 24.10.06 berichtet - am 23. Oktober gemäß § 33 des Pressegesetzes vom Aufsichtsgremium für die Presse verboten. Nach diesem Gesetz darf keine Zeitung erscheinen, die in Aufmachung und Inhalt einer verbotenen Zeitung gleicht. Zuvor hatten sich die Mitarbeiter schriftlich verpflichtet müssen, keine politischen Artikel zu verfassen.

## Buchzensur

Die Überwachung der Veröffentlichung von Büchern sieht Ayatollah Makarem Schirazi als dringliches Problem. „Nehmen wir die westlichen Freiheiten als Maßstab, die unter Freiheit die Beleidigung des Propheten verstehen, so ist das inakzeptabel. Eine solche Freiheit ist schändlich. Die besten Bücher sollten wir auszeichnen, die schädlichen verhindern. Wird das Problem der Überwachung nicht gelöst, so ist der Islam bedroht.“ Ressalat, 27.04.06

ISNA berichtet, dass in den letzten beiden Tagen von verschiedenen Ständen auf der Buchmesse einige Bücher eingezogen wurden. Am Samstag wurden folgende Bücher entfernt: „Bilder“ von Ingmar Bergmann, „Prinz Ehtejab“ und „Freitagsmarkt“ von Hushang Golschiri, „Memoiren“ von Amir Entezam, „Der einzige einsame Denker“ von Hushang Mahrujan und „Sozialgeschichte des Iran“ von Morteza Rawandi. Jumhuri-e Eslami, 08.05.06

Einige Tage nach Eröffnung der Teheraner Buchmesse tauchten plötzlich einige Personen an den Ständen auf, stapelten Bücher aufeinander

und nahmen sie mit. Niemand weiß, wer diese Personen waren und in wessen Auftrag sie handelten. Jeden Tag nahm die Anzahl der eingesammelten Bücher zu. Darunter befanden sich Werke namhafter Schriftsteller wie Sadegh Hedayat, Hushang Golschiri, Nima Joushidj. Die Entfernung der Bücher wurde mit der Verordnung begründet, die Verlegern untersagt, Bücher, die vor 2003 verlegt wurden, erneut zu veröffentlichen.

Musik, eine Kunst, die so viele Menschen anspricht, die gemeinsame Sprache aller Völker der Welt, nahm auf der Buchmesse nur einen geringen Platz ein. Nur wenige Verlage beschäftigen sich speziell mit Musik.

Es gab Beschwerden gegen Vorschriften, die vorsehen, dass keine CDs angeboten werden dürfen. Die für die Messe Verantwortlichen argumentieren, Musik sei nicht als Schrift anzusehen und CDs dürfe man deshalb nicht ausstellen. Shargh, 14.05.06

Iran hat sich in ein Land verwandelt, das einen in Staunen versetzt. Da sich die Regierung in alle privaten, kulturellen und gesellschaftlichen Angelegenheiten einmischt, ist das Gesetz praktisch ohne Wirkung und das macht das Chaos in der Kultur mit allen Schattierungen sichtbar. Die Radikalen (d.h. die Regierung) bemühen sich um Verbreitung dieses Chaos', um die Möglichkeit für eine kulturelle Revolution zu erlangen. Sie planen, die Freiheiten an den Universitäten einzuschränken und diese kleinen Errungenschaften zunichte zu machen. Auch im Bereich der Medien versucht sich die Regierung einzumischen, um einen Dialog der Ideen und Gedanken zu unterbinden und die Verbreitung kultureller Erzeugnisse zu verhindern.

Selbst über die Vorschriften des konservativen Rates für die kulturelle Revolution setzt sich das Ministerium für Islamische Führung hinweg, indem es Vorschriften für die Erlaubnis von Buch- und Filmproduktionen offen mit Füßen tritt. Es wird erklärt, Gesetze und Vorschriften seien keine göttliche Verfügung, die unabänderlich sei. Die Verantwortlichen handeln nach Lust und Laune, als wären ihre politischen Interessen göttliche Gesetze.

Unter der gegenwärtigen Regierung leiden die Verleger. Völlig willkürlich und illegal wird die nochmalige Lizenz für die Veröffentlichung von Büchern verlangt, die längst eine Erlaubnis hatten. Legen die Verleger diese vor, so werden Unterschrift und Stempel entfernt, damit die Lizenz ihre Gültigkeit verliert. Es bedarf unend-

lich vieler schlafloser Nächte, bis eine neue Erlaubnis vorliegt. Rooz, 21.05.06

In einem Interview mit der Deutschen Welle bestätigt der Schriftsteller Ali Ashraf Derwischian, dass Kontrolle und Druck auf kulturelle Aktivitäten deutlich zugenommen haben: „Unter dem Vorwand, das Buch sei vor 2003 veröffentlicht worden, wurden die Bücher von den Regalen geräumt, was auf Proteste später unterlassen wurde. Bilder und Porträts von großen iranischen Dichtern wie Shamlou, Sadegh Hedayat, Furugh Farokhzad wurden abgehängt. Hat ein Stand einen Schriftsteller eingeladen, damit er mit seinen Lesern in Kontakt kommt, so musste erstmals um Erlaubnis nachgesucht werden. Dies geschah nur, um konforme Literaten, die das Vertrauen der Regierung genießen, zu protegieren. Ihr Erscheinen auf der Buchmesse wurde über Lautsprecher angekündigt, während man die anderen nicht erwähnte. Es liegen so viele Bücher bei der Zensurbehörde, dass es auf der diesjährigen Buchmesse wenig Neues gab.“ Deutsche Welle, 21.05.06

Als bekannt wurde, Hossein Safar Harandi würde Minister für Islamische Führung, haben viele Verleger eine verschärfte Zensur befürchtet. Zwar hat Harandi die für Kultur zuständigen Beamten behalten, doch eine Verschärfung der Zensur hat das nicht verhindert. Schon wenige Tage nach seiner Amtseinführung verschwanden auf direkte Anweisung hin bestimmte Bücher aus den Regalen.

Während man früher den Eindruck hatte, auf die öffentliche Meinung werde Rücksicht genommen, scheint das heute nicht mehr der Fall zu sein. Das Verbot von Büchern wird öffentlich bekannt gegeben und der Eindruck entsteht, als schämten sich die neuen Herren nicht für ihre Zensurmaßnahmen. Rooz, 06.06.06

Im Gegensatz zu dem Versprechen des Ministers für Islamische Führung, seine Amtszeit werde eine Periode der Freiheit und des Kampfes gegen jegliche Einschränkung auf kulturellem Gebiet einläuten, haben wir im Ergebnis nur noch Einschränkungen. Dazu sagte der Übersetzer Mehdi Haghghatka: „Im letzten Jahr haben viele unabhängige Verleger, die Bücher eingereicht haben, eine negative Antwort bekommen. Meistens handelt es sich um geisteswissenschaftliche Bücher, eines meiner Bücher liegt seit sechs Monaten vor. Die Bücher haben ein ungewisses Schicksal. Was besonders auffällt, ist die Unterstützung der konform denken-

den Schriftsteller. Die Unabhängigen finden keinerlei Erwähnung, auch wenn sie unpolitisch sind. ILNA, 01.08.06

Der Schriftsteller Ali Salehi stellt in einem Interview fest, dass im Zusammenhang mit dem Versprechen des Ministers für Islamische Führung, gegen Ungerechtigkeit im Kulturbereich anzutreten, der Begriff „leid tun“ am stärksten verwendet werde. „Dieser traurige Alltag tut mir auch leid. Statt sich – wie versprochen – um die Menschen zu kümmern, wird gegen Frauen und Studenten gewaltsam vorgegangen. Wenn das Versprechen, die Ölmilliarden zu verteilen, nur die Verteilung von Elend zur Folge hat, so sehen selbstverständlich auch Kunst und Kultur einem elenden Schicksal entgegen. Der Minister ist des Glaubens, dass Dichtung und Prosa dieses Elend bewirkten und die Millionen Rauschgiftsüchtigen ihr Schicksal aufgrund intensiven Lesens erleiden. Korruption, Prostitution, Elend, Arbeitslosigkeit, die Schere zwischen Arm und Reich, Inflation, Preiserhöhung, wirtschaftlicher Stillstand: Für alles ist das Wort verantwortlich... Millionen leben unter der Armutsgrenze, und das sind Statistiken der Regierung, keine Propaganda. Nie gab es in den letzten 27 Jahren eine Zeit so intensiver Feindschaft wie heute. Die Zensurbehörde des Ministeriums für Islamische Führung ist zum Buchlager verkommen. Ich kenne Verleger, deren gesamter Besitz dort liegt. Ist das kulturelle Nächstenliebe? Niemandem nutzt kultureller Nihilismus.“

Iran-e emrooz, 05.08.06

Der Minister für Islamische Führung hat erklärt, es sei im letzten Jahr viel erreicht worden und bald wären die Früchte seiner Arbeit zu sehen. „Ich hoffe, dass wir nicht Zeuge von anti-kulturellen Produkten im Bereich von Büchern, Musik und Film werden. Aber man muss sich in Geduld üben, weil sich wahre Kultur allmählich durchsetzt und die falsche nur allmählich beseitigt werden kann. Was heute in den Kinos läuft, ist nicht Produkt unserer Freunde, sondern gehört in die Zeit vor unserer Regierung. Auch auf dem Gebiet der Förderung guter und Verhinderung nutzloser Bücher haben wir viel geleistet. Und was die Filme betrifft: Niemand, darf sich den Idealen eines Landes entgegenstellen, dessen Bevölkerung am Freitag betet.“ ISNA, 11.08.06

Ebrahim Yazdi, Führer der Freiheitsbewegung, hat dem Minister für Islamische Führung ein offenes Protestschreiben geschickt. Darin heißt

es: „Seit über 15 Monaten liegt mein Buch mit dem Titel „Religiöse Intellektuelle und die neuen Herausforderungen“ bei Ihrem Ministerium, um eine Druckerlaubnis zu bekommen. Es handelt sich um eine Sammlung von Artikeln und Ansprachen, die fast alle in der Presse veröffentlicht wurden.

Die Verantwortlichen des Ministeriums für Islamische Führung sind nicht bereit, dem Verleger ihre mündlichen Einwände schriftlich mitzuteilen. Aber zwischen den Zeilen erkennt man das eigentliche Problem: Mein Name. Eine gesetzliche Handhabe haben Sie nicht, können Sie auch nicht haben, weil es sie nicht gibt. Was will das Ministerium damit erreichen, in welche Richtung will es unsere Kultur führen? Sie sind Minister für Islamische Führung und ein Ministerium stützt sich sowohl auf die Verfassung als auch auf die islamischen Gesetze. Aber wie kann ein Minister das Gesetz völlig ignorieren?“  
Emrooz, 09.09.06

Das Ministerium für Islamische Führung hat die Genehmigung für die zweite Auflage des 2004 in Übersetzung von Khalil Rostamkhani erschienenen Romans „Eva Luna“ von Isabel Allende verweigert.  
ILNA, 26.09.06

*Neben der Presse und Büchern wird nun auch verstärkt gegen Satellitenschüsseln vorgegangen, mit denen das Land übersät ist. Damit war es möglich, hunderte von Programmen aus aller Welt im Fernsehen zu empfangen und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu unterlaufen.*

Mortazawi, der Staatsanwalt von Teheran, erklärte: „Personen, die ihre Satellitenschüsseln an Stellen anbringen, die von der Autobahn aus gesehen werden können, versuchen Unruhe zu stiften. Das Vorgehen gegen dieses illegale Verhalten hat erste Priorität.“  
ISNA, 07.08.06

Wie der Innenminister erklärte, wird die Entfernung von Satellitenschüsseln mit aller Kraft fortgesetzt. Das Gesetz sieht vor, dass Produktion, Einfuhr, Lagerung, Installierung, Verkauf und Benutzung von Einrichtungen, die dem Satellitenempfang dienen, verboten sind und Strafe nach sich ziehen. Die Polizei sei kraft dieses Gesetzes tätig und werde alle Anlagen einziehen. Gemäß diesem Gesetz würden Sicherheitskräfte Wohnungen betreten und sofort dort einschreiten, wo Satellitenschüsseln zu sehen sind.  
ISNA, 18.08.06

*Auch die Filmproduktion wird angegriffen. Das neue Parlament gelangte in einem Untersuchungsbericht über die Arbeit des Ministeriums für Islamische Führung zu dem Ergebnis, unter der Präsidentschaft von Khatami habe das Kino Verderbtheit und Unmoral verbreitet. In diesem Zusammenhang steht eine Erklärung des Chefs der Organisation für islamische Kultur und Kommunikation:*

„Unsere Filmemacher und Drehbuchautoren müssen sich mit dem Koran vertraut machen. Sie müssen ihr Leben und Denken vom Koran beeinflussen lassen, damit ihre Kunst diese Ästhetik darstellt. Das Heilige Buch ist der wichtigste Pfeiler für den Zusammenhalt der islamischen Länder und das ist der Vorteil der Muslime anderen Religionen gegenüber. Zwar haben die anderen Religionen auch Heilige Schriften, aber sie haben die Worte Gottes verloren. Christen und Juden beziehen sich nicht auf das Alte und das Neue Testament, sie erheben diesen Anspruch gar nicht. Allein der Koran als göttliches Dokument befindet sich in den Händen der Muslime.“  
Fars News, 07.10.06

## Frauen

### Todesstrafe Steinigung

Aufgrund weltweiter Proteste hatte der Chef der Justiz, Shahroudi, angeordnet, die Steinigung auszusetzen. Seitdem schien es, als hielte das Moratorium, da diese Art der Todesstrafe nicht vollzogen wurde. Allerdings erließ im Januar 2004 das Gericht für Sonderfälle in der Provinz Ghazwin ein Todesurteil gegen ein Ehepaar, das ein Bordell betrieben hatte, in dem der Mann zum Tod durch Hängen, seine Frau zur Steinigung verurteilt wurde. Vollstreckt wurde das Urteil bisher nicht.

Stellvertretend für die, die die Steinigung als völlig legale islamische Strafe ansehen, zitieren wir den Chef der Justizbehörden von Teheran, Abbasali Alizadeh, der am 18. Januar 06 in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ISNA sagte:

„Wir haben mit der EU Meinungsverschiedenheiten über Kultur und Tradition sowie über das Gesetz. Übereinstimmung erreichen wir nur in einigen Fällen, nämlich bei illegalen Verhaftungen und der illegalen Folter. Doch wir haben Strafen, die die EU ablehnt, unser Gesetz aber vorsieht, wie z.B. die Peitschenhiebe. Niemand kann uns dafür Vorwürfe machen, sie sind Bestandteil der Gesetze unseres Landes. Ebenso ist

es mit der Steinigung. Die Mitglieder der EU glauben, Steinigung verletzt die Menschenrechte, ohne zu berücksichtigen, dass das Gesetz diese Strafe vorsieht. Sie muss nicht unbedingt angewendet werden, das Urteil ist genau zu prüfen. Im Koran sind für Personen, die schrecklichste Straftaten begehen, Strafen vorgesehen, die wir auch haben, deren Anwendung wir aber überprüfen müssen. Den Vorwurf, die Menschenrechte zu verletzen, weisen wir von uns, wir geben aber zu, dass an unseren Gerichten auch einmal Fehler vorgekommen sind, was nicht absichtlich geschah. Wir können jedenfalls nicht sagen, die Steinigung gibt es als Strafe nicht mehr und diese tilgen. Diese Strafe gibt es im Islam. Man diskutiert lediglich, wie und wo man sie anwendet.“

***Aufhorchen aber lässt der offene Brief der Frauenrechtlerin Hengameh Shahidi vom 30. Juli 06 an den Chef der Justiz, Shahroudi:***

Sehr geehrter Herr Shahroudi, ich habe keinerlei Informationen über das Schicksal von Nazanin Fatehi und ich weiß auch nicht, ob Sie mein letzter Brief, den ich als Journalistin und Frauenrechtlerin geschrieben habe, zum Nachdenken über das Schicksal dieses 17-jährigen Mädchens bewegt hat; ich weiß nicht, ob Sie angesichts internationaler Proteste und Appelle zur Aufhebung des Todesurteils gegen Nazanin Fatehi die Behörden angewiesen haben, die Vollstreckung des Urteils auszusetzen. Ich warte mit Ungeduld auf die Aufhebung des Urteils durch Sie, will hier aber über das Schicksal von Frauen berichten, denen ein entsetzliches Todesurteil droht, nämlich die Steinigung.

Obwohl Sie, Herr Shahroudi, 2002 verfügt haben, Steinigung zu unterlassen, sind wir nun Zeuge von Steinigungsurteilen. Eine Kurdin namens Malek Ghorbani befindet sich seit langem wegen Ehebruchs in Urumieh im Gefängnis. Laut Urteil des Islamischen Gerichts ist ihre Todesstrafe die Steinigung. Ihr Mann, Mohammad Daneshvar, und ihr Bruder, Abubakr Ghorbani, die den Liebhaber ermordet haben, wurden zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Ashraf Kalhori ist eine Frau, die wegen Beihilfe zum Mord an ihrem Ehemann und wegen Ehebruchs seit fünf Jahren im Evin-Gefängnis sitzt. Es heißt, sie werde in den kommenden zehn Tagen gesteinigt. Sie ist 37 Jahre alt, stammt aus Mesched und hat vier Kinder. Seit Jahren gibt sie an, unter Zwang gehandelt zu haben.

Das Todesurteil durch Steinigung wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt.

Im April wurde über zwei Steinigungen in Mesched berichtet. Ein Mann und eine Frau sind unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf dem Friedhof Behescht-e Reza gesteinigt worden. Mithilfe des Schwiegersohnes ihrer Schwester hatte Mahboubeh Mohammadi vor acht Jahren ihren Mann ermordet. Letztes Jahr hat man den Mord aufgeklärt und versichert, die Täter würden gehängt.\*

Sehr geehrter Herr Shahroudi, trotz internationaler Proteste und des Versprechens der Islamischen Republik der EU gegenüber, keine Steinigung mehr durchzuführen, wird dieses Urteil öfter verhängt und versucht, dessen Vollstreckung geheim zu halten.

Es wird berichtet, dass abgesehen von Malekeh Ghorbani demnächst zwei Frauen in Ahwaz, zwei in Schiras und eine in Teheran gesteinigt werden sollen. Gooya news, 31.07.06

*(Bei den Frauen in Ahwaz handelt es sich um Iran, die wegen Ehebruchs gesteinigt werden soll, und um Khayrieh, die wegen sexueller Beziehung zu einem Angehörigen ihres Mannes, der diesen ermordete, gesteinigt werden soll und den Richter bittet, sie lieber zu erhängen; Parisa aus Schiras war von ihrem Mann zur Prostitution gezwungen, aber trotzdem 2004 wegen Ehebruchs zur Steinigung verurteilt worden. Im November 2005 hat das Oberste Gericht dieses Urteil bestätigt. Kobra Najjar aus Tabriz war wegen Beihilfe zum Mord an ihrem Mann zu acht Jahren Gefängnis und Steinigung wegen Ehebruchs verurteilt worden. Die Haftstrafe ist seit zwei Jahren überschritten. Ihre Bitte um Amnestie wurde bisher nicht beantwortet. Soghra Mola'i aus Karaj in der Nähe von Teheran wurde aus dem gleichen Grund zu 15 Jahren Haft und Steinigung verurteilt.)*

\*Wie die Zeitschrift „IranDokht“ in ihrer Novemberausgabe berichtet, wurden Mahboubeh M. und Hassan H. vor der Steinigung behandelt, als seien sie „leblose Körper“. Über einhundert Revolutionswächter und Angehörige der paramilitärischen Bassidji hätten die Steinigung auf dem Friedhof vollzogen.

Das Oberste Gericht des Landes hat die Akte eines jungen Ehepaares, das in Varamin einen Jungen, der es belästigte, ermordet hatte, zur Überarbeitung an die zuständige Kammer zurück verwiesen. Das zuständige Gericht hatte Fatemeh, die Ehefrau, im Juni wegen Ehebruchs

und Mordes zum Tod durch Steinigung, ihren Mann zu einer Haftstrafe verurteilt.

Entekhab, 11.09.06

Vier Frauen, die seit Jahren im Gefängnis sitzen, erwarten jeden Moment die Vollstreckung ihres Todesurteils. Es handelt sich um Fatemeh Haghighadjouh, 34, die vor vier Jahren festgenommen wurde. Sie war die Zeitfrau eines Drogensüchtigen und hatte aus der Ehe mit ihrem verstorbenen Mann eine 15-jährige Tochter. Beim Kartenspiel hatte er ihre Tochter verloren und als er sie wegbringen wollte, hat die Mutter ihn getötet. Das Gericht verhängte die Todesstrafe gegen sie. Wie ihr Anwalt mitteilte, musste sie eine Scheinhinrichtung durchstehen. Im Januar 06 bat die Tochter in einem Schreiben an den Chef der Justiz um Begnadigung ihrer Mutter. Die Akte wird deshalb überprüft.

Dilara, die des Mordes an einer 65-Jährigen beschuldigt wird, wurde zum Tode verurteilt. Der vorsitzende Richter der Kammer 107 des Sondergerichts für Minderjährige in Rascht hat die Angeklagte, die zur Tatzeit 15 Jahre alt war, nach zwei Sitzungen zum zweiten Mal zum Tode verurteilt, obwohl sie behauptet, den Mord nicht begangen zu haben. Dieses Urteil fällt in eine Zeit, in der das Gesetz zur Festlegung des Alters für die Todesstrafe dem Parlament seit drei Jahren vorliegt, aber noch nicht verabschiedet wurde. Darin ist vorgesehen, dass bei Angeklagten unter 18 Jahren entweder ein Attest der Gerichtsmedizin über die Zurechnungsfähigkeit vorliegt, oder der Richter selbst entscheidet, ob die völlige Reife erreicht wurde.

Aftab, 10.06.06

Kobra Rahmanpour ist am 5. November 2000 festgenommen worden, nachdem sie ihre Schwiegermutter getötet hatte. Nach vorliegenden Informationen hatte die junge Frau jedoch in Notwehr gehandelt, um sich vor einem Angriff ihrer Schwiegermutter zu schützen, die versucht haben soll, sie mit einem Küchenmesser zu verletzen. Sie wurde vor Gericht gestellt und von der Kammer 1608 des Strafgerichts in Teheran zum Tode verurteilt. Der Rechtsanwalt von Kobra Rahmanpour beanstandete, dass das Gericht die Angaben seiner Mandantin, in Notwehr gehandelt zu haben, weder berücksichtigt noch überprüft habe. Überdies machte der Anwalt geltend, dass Kobra Rahmanpour sich sichtbare Schnittwunden an der rechten Hand zugefügt hatte, als sie ihrer Schwiegermutter das auf sie gerichtete Messer entriss. Im Januar

2003 wurde das gegen sie verhängte Todesurteil vom Obersten Gericht bestätigt. Seit ihrer Festnahme vor sechs Jahren wird Kobra Rahmanpour Berichten zufolge in einem Teheraner Gefängnis in Haft gehalten. Vorliegenden Informationen zufolge wurde Kobra Rahmanpour von ihren Eltern zur Heirat gezwungen und war nach der Hochzeit zum Opfer von häuslicher Gewalt geworden.

Jetzt hat sie in einem Brief aus dem Gefängnis, aus dem wir einen Ausschnitt zitieren, um Rettung gefleht: „Ich bin auch ein Mensch, so wie die anderen, doch ein Mensch ohne Seele, der Angst vor dem Hängen hat, der Lachen und Freude vergessen hat. Viele sagen, ich sei jetzt eine berühmte Person und immer noch im Gefängnis. Ich stehe kurz vor meinem Tod und habe Angst davor wie alle Menschen. Helfen Sie mir, damit dies nicht mein letzter Brief ist! Die Bevölkerung ist meine einzige Hoffnung, sonst hilft mir niemand!“

Akhbar-e rooz, 11.09.06

Die 7. Kammer des Obersten Gerichts hat das Todesurteil gegen Shahla Djahed wegen Mordes bestätigt. Sie soll die Frau des Fußballers Nasser Mohammedkhani, mit dem sie befreundet war, getötet haben. Die Mehrheit der Richter plädierte für schuldig. Fars news, 11.09.06

### Frauenhandel

Seit Beginn der 90er Jahre, insbesondere seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, hat der Handel mit Frauen auf internationaler Ebene ein hohes Ausmaß erreicht. Davon sind heute alle europäischen Länder, die USA und Japan betroffen. In Deutschland arbeiten Zehntausende aus Tschechien, Polen und Bulgarien gegen ihren Willen in Clubs und Bordellen, in Südostasien verdienen über eine Million Kinder unter 15 Jahren ihren Unterhalt durch Prostitution. Die europäische Kommission schätzt, dass pro Jahr mehr als 500.000 Frauen und Kinder nach Europa verschleppt werden. In den letzten Jahren berichtet man auch von der Verschleppung iranischer Frauen nach Pakistan und in die arabischen Länder am Persischen Golf. Die pakistanische Zeitung „Maschreh“ schreibt, dass pro Monat 45 minderjährige iranische Mädchen in Karatschi verkauft und zu unmoralischen Handlungen gezwungen werden. An der Entführung und dem Handel mit Mädchen ist eine große Gruppe beteiligt. Der Handel mit iranischen Frauen in Karatschi hat zurzeit seinen Höhepunkt erreicht. Wer in den Ländern am

Persischen Golf eine Haushaltshilfe oder eine nicht-arabische Frau sucht, wendet sich an Leute, die diese Wünsche erfüllen können. Gegen einen Vorschuss liefern sie die „Ware“ eine Woche später ab. Der Profit fällt nicht geringer aus als beim Drogen- und Waffenschmuggel.

Die meisten Frauen zwischen 14 und 25 Jahren stammen aus der ärmeren Schicht und sind nur gering ausgebildet. Unter ihnen befinden sich auch Kinder aus geschiedenen Ehen.

Fardanews, 02.01.06

Der Handel mit Frauen bringt einen Gewinn von 4 Mrd. Dollar. Unter den Frauen befinden sich auch Mädchen, die von zu Hause wegelaufen sind. Einem Experten in Teheran zufolge gelten 260 Frauen als vermisst. Verschiedene Banden nutzen die Frauen für die Verbreitung von Rauschgift, Diebstahl und Prostitution, aber auch als Objekt für Organhandel. Immer wieder finden wir Leichen von Frauen, die nicht identifiziert werden können. Viele Banden, die mit Organen handeln, locken die Frauen auch ins Ausland, wo sie sie umbringen.

Shargh, 20.08.06

### **Kleiderordnung / Stadienbesuche / Versammlungen**

Auf beispiellose Art haben die Revolutionswächter in der letzten Zeit Wachposten, die der Armee oder staatlichen Behörden angehören, vor Restaurants aufgestellt, um den Einlass von Frauen zu verhindern, die nur mit Kopftuch und Mantel bekleidet sind. Der Zwang, den Tschador selbst an Orten zu tragen, die Familien in ihrer Freizeit aufsuchen, dient der Disziplinierung derer, die nicht gewillt sind, der neuen Regierung zu folgen. Dabei sollte auch erwähnt werden, dass Anhänger der neuen Regierung bei verschiedenen Gelegenheiten die Säuberung der Behörden von Personen, die von der letzten Regierung bei staatlichen Stellen eingestellt wurden, gefordert haben.

Roos, 04.12.05

„Die Veröffentlichung der Fotos von iranischen Athletinnen, die an den asiatischen Wettkämpfen in Katar teilgenommen haben, hat Proteste hervorgerufen. Das Tragen von engen Jogging-Anzügen oder kurzärmeligen Hemden hat die Aufmerksamkeit der Medien im In- und Ausland erregt. Wie bedauerlich, dass bei einer prinzipientreuen Regierung so etwas vorkommt. Diese Bilder sind so unmöglich, dass die Zeitung Jumhuri-e Eslami sie nicht veröffentlichen kann.“

Anlässlich dieses Berichts in „Jumhuri-e Eslami“ hat der Abgeordnete und Freitagsimam von Isfahan, Mohammed Rahbar, der sich für Einheitskleidung auf Landesebene einsetzt, scharfe Kritik geübt. Es sei absolut inakzeptabel, dass Frauen in engen Kleidern, die Körper und Kurven betonen, vor Fremden Sport trieben. Er warnte Hersteller und Verkäufer von Textilien, sie sollten seine Worte ernst nehmen und die Kultur des Landes nicht angreifen...

„Die meisten nach 1979 geborenen Mädchen tragen weder Tschador noch Kopfverhüllung... Es ist geplant, die Vereinheitlichung der islamischen Kleiderordnung zunächst an Universitäten und Behörden durchzusetzen. An den Universitäten sollen Verstöße gegen die völlige Einhaltung der Vorschriften durch Frauen und Männer, die kurzärmelige Hemden tragen, zu Disziplinarmaßnahmen und Verweis von der Universität führen... Wir wollen, dass die nationale islamische Bekleidung eine Renaissance erlebt. Die Kleidung, die in den Geschäften angeboten wird, entspricht nicht unserer islamischen Kultur; nur ein Haufen Straßenpuppen trägt sie. Und ich glaube, daran sind auch die Männer schuld, die ihren Frauen und Töchtern erlauben, in solcher Aufmachung auf die Straße zu gehen. Es scheint, als sei dieser Gesellschaft die Ehre abhanden gekommen. Aber ich bin sicher, dass die Verdorbenheit besiegt wird, wenn die Behörden scharf vorgehen und zur Einhaltung der Kleiderordnung zwingen.“

Roos, 20.12.05

Die Abgeordnete Eshrat Schayegh ist der Ansicht, es sei eine Sünde, wenn Männer in Sportstadien beim Anblick der Frauen erregt würden. „Wenn Frauen Fußball spielen, werden wir klatschen, aber wenn Männer anwesend sind, uns sehen, Freude empfinden, sich erregen, schreien und high werden, dann ist das meiner Ansicht nach eine Sünde, die unterbunden werden muss, weil die Männer krank werden können.“ Zu den Rechten der Frau erklärte sie: „Die Männer und Mächtigen im Parlament können uns nicht ertragen und lassen uns nicht in Führungsämtern. Leider muss ich feststellen, dass die Frauen kein Selbstbewusstsein haben. Die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen, und wir haben zwölf Abgeordnete.“

Emrooz, 25.12.05

Ein Kommandeur der Bassidji in Khorassan beklagte, dass manche Vorgesetzte die Durchsetzung islamischer Gebote verhinderten. „Manche bezeichnen jegliches Vorgehen gegen die Verdorbenheit als zu hart und sind der Meinung, man sollte die Freiheit der jungen Men-

schen nicht einschränken. Viele dieser Freiheiten herrschen auch im Westen, haben sich hier festgesetzt und werden als legitim angesehen: Hundehaltung, Radfahren von Frauen, Verzicht auf den Tschador in Schulen. Um die islamischen Werte durchzusetzen, sollte man zuerst die Ungläubigen und Gecks aus der Führung entfernen.“  
IRNA, 15.02.06

Bei einer Ansammlung von 50 jungen Frauen, die das Fußballspiel Iran : Costa Rica sehen wollten, kam es vor dem Stadion zu Auseinandersetzungen. Vor den Wahlen war es den Frauen gelungen, auf einer speziellen Tribüne das Spiel zwischen Iran und Bahrein zu verfolgen. Jetzt hatten sie Karten für diese Tribüne gekauft und waren zwei Stunden vor Spielbeginn am Eingang. Als die Sicherheitskräfte ihnen den Einlass verwehrten, wurde der Ton immer schärfer, bis es zu Gewalttätigkeiten kam. Der Chef der Sicherheitskräfte, der den Frauen Fahnen entrissen und diese zerstört hat, rief den Zuschauern zu, sie auseinander zu treiben.

Rooz, 02.03.06

Nichtregierungsorganisationen für die Rechte der Frauen hatten zu einer Veranstaltung am internationalen Frauentag aufgerufen. Dabei kam es zu Gewalttätigkeiten. Mahmoudi, der Kommandeur der Sicherheitskräfte sagte dazu, die Versammlung habe ohne Genehmigung stattgefunden und die Sicherheitskräfte hätten richtig gehandelt, indem sie eine politische Veranstaltung verhindert hätten. Es kam zur Verhaftung einiger Personen.

Die Frauenorganisationen hatten bereits vor Tagen angekündigt, dass sie sich zum internationalen Frauentag versammeln würden, um ihre Solidarität mit Frauen in aller Welt kundzutun und zur Beseitigung jeglicher Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aufzurufen.

Gooya, 09.03.06

Wie Augenzeugen berichten, ist die Polizei, die auf Einhaltung der Sitten achtet, auf dem Flughafen gegen ein zehnjähriges Mädchen eingeschritten, das einen zu kurzen Mantel trug. Der Vater des Mädchens habe protestiert und die Polizei laut angeschrien, was die Aufmerksamkeit anderer Passagiere auf sich zog. Das Mädchen habe bitterlich geweint.

Entekhab, 12.04.06

Der Abgeordnete Gholamreza Messbahi hat die sofortige Verabschiedung einer Kleiderordnung gefordert, ein Thema, das jedes Jahr mit Ein-

bruch der warmen Monate aktuell ist. Er bemerkte dazu: „Ein kleines Stück Stoff kann man nicht als islamische Kleiderordnung bezeichnen. Wir müssen alle Vorbereitungen für eine kulturelle Revolution treffen, damit die islamischen Sitten wieder eingehalten werden.“

Entekhab, 18.04.06

Wie der Sprecher des Justizministeriums bekannt gab, werden pro Jahr rund 600.000 Personen inhaftiert. Bei Fällen, in denen es um die Sicherheit des Landes gehe, sei man um eine sorgfältige und schnelle Bearbeitung bemüht. Auch bei Prozessen gegen die Presse werde zügig gearbeitet. Verstöße gegen die Kleiderordnung seien eine Straftat, die die zuständigen Gerichte ermächtigt, eine Haftstrafe zwischen 10 Tagen und drei Monaten festzulegen.

Baztab, 18.04.06

Wie die Teheraner Polizei mitteilt, wird sie zur Einhaltung der öffentlichen Sicherheit gegen jene vorgehen, die im Park mit Tieren angetroffen werden.

BBC – Persian, 18.04.06

Eine große Gruppe von Angehörigen der Märtyrer hat sich zum zweiten Mal aus Protest gegen Verstöße gegen die islamische Kleiderordnung vor dem Parlament versammelt. Sie forderten ein hartes Vorgehen gegen Träger und Designer dekadenter Kleidung. Ein Teilnehmer sagte, dieses Lotterleben schmerze das islamische Volk und alle Angehörigen der Märtyrer.

Jumhuri-e Eslami, 20.04.06

Der Abgeordnete Seyed Mehdi Tabatabai von den Fundamentalisten forderte alle „Elemente“, die gegen die Kleiderordnung verstoßen, auf, das Land zu verlassen, da das islamische Iran keinen Platz für sie habe.

Entekhab, 22.04.06

Der Chef der Sicherheitskräfte in Teheran, Tala'i, erklärte, das Vorgehen bei Verstößen gegen die Kleiderordnung stehe auf der Tagesordnung. Das Gesetz sehe das vor. Bei Anwendung des Schießbefehls müsse die Polizei sehr behutsam sein und dürfe die Nerven nicht verlieren. Die Polizei hat 50 Einheiten mit je einhundert männlichen und weiblichen Beamten, die die Bevölkerung in Teheran aufklären.

Baztab, 22.04.06

Die Anwesenheit von Frauen in Sportstadien hatte den Protest fundamentalistischer Abgeordneter erregt, doch Präsident Ahmadinedschad hat den Chef der Sportbehörde angewiesen, Frauen den Besuch von Fußballstadien zu

gestatten. Seit Bestehen der Islamischen Republik ist Frauen dies untersagt. Schon unter Khatami war man dabei, Frauen den Besuch von Stadien zu ermöglichen, was zu Protesten der Konservativen geführt hatte. Jetzt stellen sich fundamentalistische Abgeordnete gegen die Entscheidung Ahmadinedschads, die sie als unüberlegt bezeichnen. Shargh, 26.04.06

Ayatollah Makarem Schirazi protestierte gegen die Anweisung des Präsidenten und forderte ihn auf, vor solcherlei Entscheidungen den Rat der Schriftgelehrten einzuholen. Ayatollah Mirza Javad Tabrizi erklärte, die Versammlung von Männern und Frauen in Stadien sei in der Regel mit Verderbtheit verbunden und deshalb nicht gestattet. In einer Fatwa erläuterte Großayatollah Fazel Lankarani, aus religiöser Sicht dürften Frauen den Körper eines Mannes nicht betrachten, weshalb ihre Anwesenheit in Stadien unzulässig sei. In einer Botschaft bezeichnete Großayatollah Zafi-Golpayegani die Anwesenheit von Frauen in Stadien als gegen den Islam gerichtet. Er erwarte die Rücknahme der Anordnung. Ayatollah Mesbah Yazdi äußerte sich in gleichem Sinne. ISNA, 26.04.06

Wie der Berater des Präsidenten, Hojatoleislam Mohammad Nasser Saghi Biria erklärte, werde der Präsident seine Anordnung zum Stadienbesuch von Frauen überdenken. Es müsse geklärt werden, ob die Entscheidung aus religiöser Sicht problematisch sei. Es sei zu bedenken, dass die Schriftgelehrten einhellig erklärten, die Anwesenheit von Frauen in Stadien sei nicht erlaubt. Jumhuri-e Eslami, 28.04.06

Gegen eine Anzahl Frauen, die gestern das Fußballspiel Iran : Bosnien im Azadi-Stadion verfolgen wollten, gingen die Sicherheitskräfte hart vor. Einige Frauen wurden verletzt. Dies war der erste Versuch nach der Anweisung von Ahmadinedschad, Frauen das Zuschauen zu gestatten. Peykeiran, 01.06.06

Am Ende des Freitagsbetes in Teheran haben die Gläubigen gegen die Verbreitung unsittlicher Kleidung protestiert und Parolen skandiert wie „Die Hisbollah ist aufmerksam und hasst die Nichteinhaltung der Kleiderordnung!“ „Die Forderung des Volkes lautet: Moralische Sicherheit!“, „Die Pflicht der Sicherheitskräfte ist die moralische Sicherheit!“, „Du unverschämtes Model – in einer revolutionären Stadt bist du ein Schandfleck!“ IRNA, 29.04.06

Zu Verstößen gegen die Kleiderordnung erklärte Ayatollah Khasali: „Wir stehen hinter den Sicherheitskräften. Die haben in dieser Hinsicht völlige Freiheit. Und wir werden Zeuge sein, dass auch nicht eine einzige Haarsträhne einer Frau sichtbar wird.“ IRNA, 28.04.06

Ein Grund dafür, dass die Verstöße gegen die Kleiderordnung zunehmen, sind die ständigen Mahnungen und die Erklärungen von Verantwortlichen zum Kampf gegen Verderbtheit und Unsittlichkeit, die in der Praxis ohne Konsequenzen bleiben. Das führt einerseits zu Vertrauensverlust und Hilflosigkeit besonders der jungen Generation, andererseits zur Aufmüppigkeit der Betroffenen, die sich bestätigt fühlen. Baztab, 07.05.06

Die neue Leiterin des Zentrums für Frauen- und Familienangelegenheiten, Tabibzadeh Nouri, sagte: „Solange ich lebe und mir die Führung dieser Behörde obliegt, werde ich nicht zulassen, dass wir internationalen Konventionen und Vereinbarungen zu den Rechten der Frauen beitreten. Durch den Islam und unsere Schriftgelehrten sind wir in der Lage, unsere Probleme zu lösen und ich sehe keinen Anlass, ein gescheitertes westliches Wertesystem anzunehmen.“ Aftab, 11.06.06

Nach 26 Jahren Tätigkeit beim Wächterrat sagte Ayatollah Jennati über seine bittersten Erfahrungen aus dieser Zeit: „Die Beschäftigung mit dem vom Parlament verabschiedeten Gesetz gegen die Diskriminierung der Frauen war ein bitteres Moment für den Wächterrat und andere Behörden. Die Beschlüsse des Parlaments standen unter dem Einfluss der westlichen Kultur und hätten eine Änderung der Grundwerte bedeutet. Das Parlament hatte dieses Gesetz nur beschlossen, um den Westen milde zu stimmen. Wir müssen vermeiden, durch derlei Beschlüsse um die Gunst des Westens zu buhlen.“ ILNA, 27.07.06

Der Staatsanwalt des Teheraner Revolutionsgerichts, Said Mortazawi, erklärte, unter dem Vorwand der Hitze versuchten einige Frauen unangemessen bekleidet auf die Straße zu gehen, was die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletze. Er forderte die Sicherheitskräfte zu entschiedenem Vorgehen auf. ISNA, 07.08.06

Wie Augenzeugen und die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichten, ha-

ben Polizeikräfte am 12. Juni eine friedliche Demonstration von Frauen- und Menschenrechtlern in Teheran angegriffen. Am Tag darauf gab Justizsprecher Jamal Karimirad die Verhaftung von 70 Personen – 42 Frauen und 28 Männern – zu. Die Gefangenen sind beschuldigt, an einer illegalen Versammlung teilgenommen zu haben. Ein Augenzeuge berichtete, es seien zum ersten Mal Polizistinnen zur Festnahme weiblicher Demonstranten und Polizisten zur Festnahme männlicher Demonstranten eingesetzt worden. „Die weiblichen Offiziere schlugen mit ihren Schlagstöcken rücksichtslos auf die Demonstrantinnen ein und brachten sie in die Polizeiwannen. Beobachter waren über diesen brutalen Umgang mit Demonstranten geschockt“, sagte der Augenzeuge.

Letzte Woche hatten hunderte Frauen- und Menschenrechtler zu der Demonstration aufgerufen, um Reformen im iranischen Strafrecht und die Rücknahme diskriminierender Gesetze gegen Frauen zu fordern.

Bereits vor der Demonstration waren zahlreiche Frauenrechtlerinnen telefonisch bedroht, von der Justiz vorgeladen und verhört worden. Mitarbeiter der Justiz hatten Samstagabend die Wohnungen von Prominenten aufgesucht, wo sie Verhaftungen vornahmen.

Human Rights Watch, 15.06.06

Eshrat Shayeq, eine Abgeordnete aus Tabriz, bezeichnete die Versammlung von Frauen am 12. Juni als Happening, das allein dazu diene, vom Ausland gepriesen und mit Preisen belohnt zu werden.

Peykeiran, 13.06.06

Nach der Protestversammlung wurden einige Personen verhaftet und sitzen im Gefängnis. Ein Sprecher des Informationsministeriums bezeichnete es als verdächtig, dass auch Männer an der Veranstaltung teilgenommen haben. Menschenrechtsgruppen forderten die Freilassung der Inhaftierten. Die Sprecherin des Vereins, Narges Mohammadi, erklärte, gemäß Artikel 27 der Verfassung und Artikel 20 der Charta der Menschenrechte hätten Bürger das Recht, sich zu versammeln und Veranstaltungen durchzuführen.

Etemad, 18.06.06

Gestern wurden Nasrin Soutoudeh, Mitglied des Frauenvereins, Noushin Ahmadi Khorassani und Parvin Ardalan gegen Hinterlegung einer Kaution von zehn Million Toman frei gelassen.

ISNA, 22.06.06

Die Juristin Mehrangiz Kar erklärte, seit der Revolution würden Frauen wegen ihres politischen und gesellschaftlichen Engagements verhaftet. In den Gefängnissen werde zwischen politischen Gefangenen und kriminellen Straftäterinnen nicht unterschieden. Es gäbe nur eine Abteilung für Frauen.

Rooz, 23.08.06

Unschuldige Kinder bis zu acht Jahren werden mit ihrer Mutter ins Gefängnis gesperrt, wenn niemand bereit ist, das Kind bei sich aufzunehmen, oder die Familie zerrüttet ist. Der lange Aufenthalt im Gefängnis führt zu einem schlechten Gesundheitszustand und zu Sprachschwierigkeiten. Die Kinder können selbst Wörter wie Geschäft, Straße, Auto, Bleistift, malen, Berg, Kino nicht verstehen. Es fällt ihnen schwer, sich allein anzuziehen, die Zähne zu putzen oder Besteck zu benutzen.

Rooz, 20.02.06

## Geschlechtertrennung

Die Sicherheitsabteilung des Wissenschaftsministeriums hat das Verbot von Sommercamps für Studentinnen und Studenten bekannt gegeben. Niemand kann sagen, weshalb die Sicherheitsabteilung dieses Verbot ausgesprochen hat, das doch eigentlich in den Bereich der Kulturabteilung fallen müsste. Mehrere Verantwortliche an den Universitäten erklärten, die Geschlechtertrennung diene der Vermeidung von Problemen; der Rektor der Universität „Sahand“ in Tabriz sagte, sie basiere auf religiösen Vorschriften und sei in den Durchführungsbestimmungen des Obersten Rates für die Kulturrevolution vorgesehen. Am deutlichsten drückte sich der Abgeordnete Mohammadali Hayati aus: „Zweifellos eröffnet sich die Möglichkeit der Verbreitung unmoralischen Verhaltens, wenn Jungen und Mädchen in einem Camp beisammen sind. Dies ist nicht hinnehmbar. Die Gesellschaft fordert, dies zu verhindern.“

Shargh, 05.09.06

Durchführungsbestimmung zur Einhaltung islamischer Vorschriften an Universitäten und anderen Ausbildungsstätten der höheren Bildung:

1. Frauen und Männer haben auf getrennten Seiten zu sitzen.
2. In Krankenhäusern, die ausbilden, sind kranke Männer und Frauen zu trennen, in Operationssälen ist die Zusammenarbeit von Männern und Frauen zu vermeiden.

3. Gibt es für die Behandlung sowohl männliche als auch weibliche Spezialisten, so sind die männlichen für Männer, die weiblichen für Frauen zuständig.
4. Kommt es zum Andrang am Schwarzen Brett der Universitäten, sind Schwarze Bretter getrennt anzubringen.
5. Studentinnen und Studenten müssen die Labore getrennt benutzen. Säle zum Sezieren und Computerräume sollen – so weit wie möglich – zu unterschiedlichen Zeiten aufgesucht werden.
6. In Unterrichtsräumen für Design sind die islamischen Sitten einzuhalten. Männer und Frauen sind getrennt zu unterrichten.
7. Bei Gruppenarbeit ist Geschlechtertrennung vorgesehen, es sei denn, es kommt zur Beeinträchtigung der Arbeit.
8. In der Verwaltung an den Universitäten soll auf Geschlechtertrennung geachtet werden, soweit keine Beeinträchtigung der Arbeit eintritt.
9. Männliche Amtsinhaber sollten männliche Sekretäre beschäftigen.
10. An Orten, an denen die Mehrheit der Betroffenen männlich ist, sollen männliche Angestellte die Arbeit übernehmen.
11. An öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Mensen müssen Männer und Frauen getrennt sitzen. Es sollen Benutzerzeiten festgelegt werden.
12. Der Umgang zwischen Professoren, Studenten und Universitätsangestellten hat sich nach der islamischen Moral und den Vorschriften der Universitäten zu richten.
13. Frauen müssen die islamische Kleiderordnung befolgen und eng sitzende Kleidung sowie auffälliges Make-up vermeiden. Männer dürfen keine dekadente Kleidung tragen.
14. Für die Durchführung dieser Bestimmung tragen Rektoren von Universitäten und Schulen für höhere Bildung die Verantwortung. Mithilfe des Disziplinierungskomitees können sie gegen Verstöße einschreiten.

Ein Abgeordneter bezeichnete die Zunahme der Anzahl von Studentinnen im Vergleich mit Studenten als gesellschaftliches Problem mit negativer Auswirkung. „Weil die Frauen nicht die Möglichkeit haben zu heiraten, besuchen sie Universitäten, um ihre Zeit hinzubringen. Sie haben keine andere Möglichkeit als das Studium, weil die Motivation zur Eheschließung in Iran immer geringer wird. Wenn junge Men-

schen ihre Zeit nutzlos verbringen, weil sie arbeitslos sind, haben sie auch keinen Wunsch zu heiraten.“  
ILNA, 07.06.06

## Ethnische Minderheiten

### Aserbaidshchan

*In den letzten beiden Jahren haben sich die ethnischen Konflikte in den drei Provinzen Khusistan, Balutschestan und Aserbaidshchan zu einer sicherheitspolitischen Krise ausgeweitet. Aufgrund historischer Unterschiede hat jede Provinz ihre spezifischen Probleme, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung dieser Provinzen keine staatliche Autonomie anstrebt, dazu ist die historische Verbundenheit zu stark. Dass es aber innerhalb bestimmter Gruppierungen separatistische Tendenzen gibt, lässt sich nicht bestreiten. Doch selbst die Aserbaidshchaner, die ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit vereint, hatten nicht einmal in der Hochzeit der Osmanen die Tendenz, sich von Iran zu trennen.*

Am 12. Mai 2006 veröffentlichte die Zeitung „Iran“ auf der Kinder- und Jugendseite eine Karikatur, in der ein Kind in Kakerlakensprache mit einer als Kakerlake dargestellten Aseri spricht, die es nicht versteht. Diese Karikatur löste heftige Proteste aus, die an den Universitäten begannen und sich bald auf verschiedene Städte ausweiteten. In Naghadeh, Tabriz und Ardebil kam es zu Demonstrationen, die zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten. Vier Menschen wurden dabei getötet, an die 100 Personen verletzt. Mit Mehrheit stimmte das Presseaufsichtsamt für ein Verbot der Zeitung „Iran“. Der Chefredakteur und der Karikaturist wurden verhaftet, der Minister des Inneren und das Ministerium für islamische Führung entschuldigten sich. Als sich die Unruhen ausweiteten und sogar in Teheran Studenten demonstrierten, machte die Regierung wieder einmal ausländische Kräfte verantwortlich, die die Einheit und Geschlossenheit des iranischen Volkes zerstören wollten. (Etemad, Rooz, 24.05.06)

Die Umgebung des Parlaments wurde abgeriegelt, als sich 200 Studenten aus Aserbaidshchan zu einem friedlichen Marsch dorthin begeben wollten. Ohne jede Vorwarnung gingen Sicherheitskräfte gegen sie vor und zwangen sie zur Auflösung des Marsches. Wie viele Personen in den Städten Naghadeh, Khoy, Meshginshahr

und Astara festgenommen wurden, steht nicht fest, nur aus Naghadeh sind die Namen von fünf aktiven Bürgern bekannt. Wie das Komitee für die Verteidigung der politischen Gefangenen in Aserbaidschan mitteilte, werden die Häftlinge in verschiedenen Städten unter Druck gesetzt, ihre Verbindung zu ausländischen Mächten zuzugeben. Gooya, 29.05.06

Die Unruhen in Aserbaidschan nutzte das Informationsministerium, um Studenten, Politiker und aktive Journalisten zu unterdrücken. Zohreh Wafa'i, Autorin und Journalistin, wurde in ihrer Wohnung verhaftet. Ebenfalls festgenommen wurden Eyvas Taha, Reza Kazemi, Junes Safdari und Babak Odjagh, Mitarbeiter der in Ardebil erscheinenden Zeitschrift „Jaragh“.

Roos, 31.05.06

### **Sistan-Balutschestan**

Am 17. März 06 geriet ein Autokonvoi mit Verantwortungsträgern und Beamten in einen Hinterhalt, wobei 22 Personen starben und sieben verletzt wurden. Die zwölf Täter trugen dabei Polizeiformen. Ein zuständiger Provinzbeamter erklärte, wieder werde die Feindschaft unter den Ethnien und Religionen in Sistan-Balutschestan geschürt. Die Bevölkerung solle diese Bedrohung abwehren. Und ein Kommandeur der Sicherheitskräfte sagte auf einer Pressekonferenz am 18. März: „Wir haben Informationen darüber, dass der britische und amerikanische Geheimdienst Sitzungen mit den Banditen dieser Gegend abgehalten hat, auf denen sie ihre Pläne schmiedeten, einen Keil zwischen Ethnien und Religionen dieser Provinz zu treiben.“ Farda news, Jumhuri-e Eslami, 18.03.06

Am 13. Mai haben erneut uniformierte Bewaffnete einen Autokonvoi überfallen, bei dem 12 Personen getötet wurden. Die Täter hatten auf der Straße von Bam nach Kerman einen Kontrollposten eingerichtet. Mit einem Beteiligten hatte „Roos“ am 09.05. ein Interview geführt, das wir in Auszügen wiedergeben:

„Warum gehen Sie bewaffnet vor?“

„Früher waren wir sehr aktiv bei der Verteidigung der nationalen und religiösen Rechte der Sunniten in Balutschestan. Sie wissen, dass hier sunnitische Balutschen leben. Aber nach 27 Jahren Revolution sind wir Sunniten die am stärksten unterdrückte Bevölkerungsschicht im Lande, viele mussten Unrecht und Folter hinnehmen. Sunniten und besonders Angehörige ethnischer Minderheiten wie Kurden und Ba-

lutschen hatten immer Probleme, wobei es den politisch aktiveren Kurden gelang, ihr Anliegen der Weltöffentlichkeit vorzutragen, was bei den Sunniten nicht der Fall war. Traten diese religiös hervor, bezeichnete man sie als Handlanger fremder Mächte und richtete sie hin. Hunderte sunnitische Gelehrte und politisch Engagierte sind verschwunden. Schon die leiseste Kritik an der Regierung führt zu Verhaftung und Hinrichtung. Manche waren jahrelanger Folter ausgesetzt. Jahrelang hatten wir politische Aktivitäten, die die Regierung zu verhindern versuchte, und nun wollen wir für unsere Rechte kämpfen und haben diese Form der Auseinandersetzung gewählt.“

Doch der Freitagsimam von Teheran machte in seiner Predigt wieder einmal das Ausland verantwortlich: „Unsere Feinde haben den Plan, an der Grenze unseres Landes Unruhe zu stiften. Amerika und die Zionisten zielen auf unsere Wirtschaft, unsere Universitäten und Grenzen. Die CIA zahlt Banditen und Verbrechern Geld, damit sie Unschuldige umbringen, doch diese Leute sind Kämpfer gegen Gott. Die brauchen keine Gerichte, ihr Schicksal muss innerhalb von 24 Stunden besiegelt werden. Im Fall von Kämpfern gegen Gott besteht kein Zweifel am Urteil.“ IRNA, 19.05.06

### **Khuzestan**

Im letzten Jahr kam es in der Süd-Provinz Khuzestan, wo etwa 2 Millionen Iraner arabischer Abstammung leben, zu Unruhen. Ein damaliger Berater von Khatami, Mohammad Ali Abtahi, sollte angeblich einen Brief geschrieben haben, wonach die Regierung plante, den Anteil der arabischen Bevölkerung zu verringern. Nachdem die Sicherheitskräfte auf die Demonstranten in Ahwaz das Feuer eröffnet hatten, eskalierten die Unruhen und breiteten sich auf andere Städte in Khuzestan aus. Mindestens 50 Personen wurden getötet, Hunderte verhaftet.

Das Oberste Gericht des Landes hat 2006 das Todesurteil gegen fünf Personen wegen Bombenlegung in Ahwaz bestätigt; es sind: Mohammadali Savari, 22, Jahja Nasser, 22, Nasem Barihi, 17, Abdolmham Zaeri, 37 und Abdolsahra Halitschi, 17. Weitere Personen befinden sich noch ohne offizielle Anklage in Haft. Die Justizbehörden beschuldigen sie, Bomben gelegt zu haben, doch gut unterrichtete Kreise sind der Ansicht, dass sie wegen politischer Aktivitäten und ihrer Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen der Bevölkerung von Khuzestan verhaftet wurden. Zum Tode verurteilt

wurden noch elf weitere Personen, darunter Jugendliche unter 18 Jahren sowie der Anwalt der Angeklagten, Malek Tamimi.

Da sich die Aufmerksamkeit von Menschenrechtlern besonders auf die Situation der politischen Gefangenen in Teheran konzentriert, besteht die Befürchtung, dass die Todesurteile gegen die Verurteilten in Ahwaz vollstreckt werden. Peykeiran, 12.09.06

Am 24. Januar explodierten gegen 10:15 Uhr zwei Bomben vor einer Bank und dem Amt für Naturschätze in Ahwaz. Der Rektor der Universität gab an, die Explosion habe acht Opfer gefordert. Der Innenminister versprach, mit aller Härte gegen die Bombenleger vorzugehen. Die Urheber früherer Attentate seien ermittelt und verhaftet worden. Sie hätten ihre Taten gestanden und würden islamischen Gesetzen gemäß so schnell wie möglich verurteilt.

IRNA, 24. und 25.01.06

Wie der Informationsminister mitteilte, sind über 50 Beteiligte an den Bombenattentaten in Khuzestan von Sicherheitskräften ermittelt und verhaftet worden. Sie hätten Verbindungen zu ausländischen Mächten gehabt. Demnächst würden sie den Justizbehörden überstellt.

IRNA, 09.03.06

*Die ultrakonservative Zeitung „Kayhan“, die dem Religiösen Führer nahe steht, bezeichnet die Unruhen als ausländisches Komplott: „Aus sämtlichen Unruhen in den letzten Monaten in Khuzistan, Sistan, Aserbaidschan, den Aktivitäten von Terroristen im Osten des Landes, den Arbeiter- und Studentenprotesten lässt sich nur ein Schluss ziehen: Ausländische Verschwörung. Nachdem der Westen es aufgegeben hat, durch Diskussionen über die Kernenergie auf Iran Druck auszuüben, ist das Projekt Unruhestiftung gegen die fundamentalistisch orientierte Regierung in eine neue Phase getreten. Jetzt soll bewiesen werden, dass die Regierung nicht in der Lage ist, Sicherheit und Frieden herzustellen, indem durch die Gründung von NGO's bestimmte Gruppen wie Arbeiter, Studenten, Frauen für falsche Zwecke mobilisiert werden. Das ist zweifellos eine Methode, die diesem Vorhaben dient.“* Kayhan, 25.05.06

## Religiöse Minderheiten

### Juden

Gegenwärtig leben 25.000 Juden in Iran. Sie sind ebenso stolz auf ihre iranische Kultur wie auf ihre jüdischen Wurzeln. Trotz aller Härten haben sie sich dazu entschlossen, in Iran zu bleiben. Junes Hamami, ein iranischer Jude, sagt zu diesem Thema: „Weil wir hier eine lange historische Tradition haben und weil Imam Khomeini verkündet hat, alle religiösen Minderheiten würden den Schutz der Regierung genießen, werden wir geduldet. Hier unterscheidet man zwischen Juden und Zionisten...“ Das staatliche Fernsehen schürt antijüdische Ressentiments und verwechselt Zionisten mit Juden. Die einfache Bevölkerung glaubt, alle Juden unterstützten Israel in seinem Tun. Als Ahmadinedschad an die Regierung kam, hat die internationale Besorgnis um das Schicksal der Juden in Iran beträchtlich zugenommen. Ahmadinedschad verkündet Parolen wie die Ausradierung Israels und leugnet den Holocaust. Maurice Motaghed, Abgeordneter der Juden im iranischen Parlament, hat die Aussagen des Präsidenten bedauert und gesagt, es sei eine schreckliche Tragödie, wenn man mit ansehen müsse, dass und wie der Holocaust in Frage gestellt würde und dass dies eine schwere Beleidigung für die Juden in der ganzen Welt sei.

Noch immer haben Juden gesetzliche Probleme. Tritt das Mitglied einer jüdischen Familie zum Islam über, so ist es Alleinerbe des gesamten Vermögens. In der Armee dürfen Juden keine hohen Posten bekleiden und die Rektoren aller jüdischen Schulen sind Moslems, obwohl dies kein Gesetz vorsieht. Die größte Gefahr für iranische Juden ist jedoch ihr Kontakt mit Israel. Viele haben dort Verwandte. Vor sieben Jahren wurde eine Gruppe von Juden in Schiras wegen des Verdachts der Spionage verhaftet, inzwischen aber frei gelassen. Es scheint, als sei die Auswanderung der Juden aus Iran zum Stillstand gekommen. Die erste Welle entstand in den 50er Jahren, nach Gründung des Staates Israel, die zweite nach dem Sieg der islamischen Revolution. Jetzt sieht es so aus, dass die im Iran verbliebenen Juden sich bewusst dafür entschieden haben, das Land nicht zu verlassen. BBC, 05.09.06

### Christen

Wie Menschenrechtler in Iran berichten, sind Beamte des Informationsministeriums am 26. September früh morgens in das Haus von Herrn

Montazami und seiner Frau Fereshteh Dibaj eingedrungen, haben sie und ihr sechsjähriges Kind festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Die Familie gehört dem christlichen Glauben an und wurde wohl deshalb verhaftet. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Fereshteh Dibaj die Tochter von Pastor Mehdi Dibaj ist, der bei den Serienmorden gegen christliche Pastoren 1994 ermordet worden ist. Zuvor hatte er wegen seines Übertritts zum Christentum 11 Jahre im Gefängnis gesessen. Die regimetreue ultrakonservative Zeitung Jumhuri-e Eslami, die in ihren Artikeln Sicherheitskräften und der Polizei häufig den Anstoß zum Durchgreifen gibt, berichtete am 1. Oktober, dass einige Tage zuvor junge, sehr gepflegte Männer und Frauen an mehreren Verkehrsknotenpunkten und Plätzen von Teheran aufgetaucht seien, um für das Christentum zu werben. Sie würden sich besonders an Jugendliche wenden, denen sie die Bibel gegen ein geringes Entgelt verkauften.

### Sufis

Am 13. Februar haben Sicherheitskräfte das Kulturhaus Neymatoolahi der Derwische in Qom umzingelt und versucht, es zu schließen, wogegen sich die Anhänger des Ordens zur Wehr setzten. Als es zu Unruhen in der Stadt kam, formierten sich rund 500 Anhänger der Hisbollah, die ein hartes Vorgehen gegen diese „Sekte“ forderten. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein und nahmen 40 Derwische fest.

Baztab, 14.02.06

Auf einer Pressekonferenz sagte der Gouverneur von Qom, bei den Auseinandersetzungen seien tausend Personen verhaftet worden, von denen 90% keine Einheimischen seien, 200 Personen seien verletzt worden, von denen 25 noch im Krankenhaus lägen, der Rest sei entlassen worden. Die Politik der Islamischen Republik in Bezug auf Derwische sei klar formuliert und habe sich nicht geändert, aber das Vorgehen gegen diese Personen habe nichts mit Derwischen zu tun. Sie hätten ihre Anhänger zu einer Versammlung in Qom aufgerufen, obwohl ihr Kulturhaus versiegelt war. Ihr Versuch, das Kulturhaus wieder in Besitz zu nehmen, sei illegal gewesen.

Iran, 15.02.06

Wie jetzt bekannt wurde, haben die Unruhen in Qom ihren Ursprung in einer Fatwa von Ayatollah Makarem Schirazi. In einer Vorlesung hatte er sich über die zunehmenden Aktivitäten der

Derwische und ihre Veranstaltungen geäußert. Er bezeichnete sie als unrein und sprach von der Notwendigkeit, Qom von ihnen zu säubern. Nach dieser Fatwa bemühten sich Anhänger des Vereins Fatemioun, denen die Derwische schon immer ein Dorn im Auge waren, das Oberhaupt des Ordens aus der Stadt zu verbannen. Das Durchbrechen der Versiegelung war der Auslöser für die Unruhen.

Roos, 07.03.06

Die 3. Kammer des Revolutionsgerichts in Qom eröffnete am 21. Mai ein Strafverfahren gegen einen der führenden Sufi, Seyyed Ahmad Shariat. Die Strafvorwürfe lauteten „Verbreitung des Glaubens mit Gewalt, Störung der Ordnung und Nichtbeachtung der Anordnung der örtlichen Sicherheitskräfte bzw. Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Kurz darauf wurde das Verfahren gegen drei Derwische eröffnet. Der Staatsanwalt wirft ihnen vor, das Kulturhaus illegal in Besitz genommen und Beihilfe zu Unruhen und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben. Der Vorsitzende Richter Pourmoussavi hatte in einem ähnlichen Fall 52 Derwische und deren zwei Anwälte zu einem Jahr Haft, 74 Peitschenhieben, Zahlung einer Geldstrafe und Berufsverbot der Anwälte verurteilt.

Die Justizbehörde hat den Anwälten Omid Behrouzi und Mostafa Daneshjou die Lizenz entzogen, obwohl das Urteil gegen die Anwälte bisher nicht endgültig ist.

adrpi.org, 14.09.06

Wie „advarnews“ am 31. Oktober berichtet, wurden Seyyed Ahmad Shariat und seine beiden Anwälte Hersini und Bahrami zu einem Jahr Gefängnis, Verbannung, Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt. Den Anwälten wurde außerdem ein fünfjähriges Berufsverbot auferlegt.

### Baha'is

*Seit der islamischen Revolution müssen religiöse Minderheiten Einschränkungen ihrer Rechte hinnehmen, den Baha'is aber, die nicht als religiöse Minderheit anerkannt, sondern als politische Sekte abgetan werden, erleiden die eklatantesten Menschenrechtsverletzungen. Mit ungefähr 350.000 Anhängern stellen sie die größte religiöse Minderheit in Iran. Ihnen ist die höhere Ausbildung verwehrt, sie erhalten keine Rente und haben kein Recht auf Eigentum. Ihre Geschäfte werden angezündet, Friedhöfe geschändet und die Ausübung ihrer Religion kann nur im Geheimen stattfinden. Alle stehen unter Beobachtung der Sicherheitskräfte.*

Im November 2005 begann die ultrakonservative Jumhuri-e Eslami wieder mit einer Hetzkampagne, indem sie berichtete, die Baha'is hätten ihre Propaganda verstärkt und bemühten sich durch Unterstützung aus dem Ausland um den Ankauf von Grundstücken in attraktiven Gebieten des Landes sowie um eine Regelung für die Aufnahme zum Studium. Damit wollten sie ihren Einfluss erweitern. Im Januar hatte die gleiche Zeitung „die Abhängigkeit dieser Sekte von den Zionisten“ belegen wollen, indem sie behauptete: „Das Zentrum der Sekte und ihre Wallfahrtsorte befinden sich in Israel... Ein Großteil der Anhänger der Sekte – sowohl im Westen als auch in Iran – besteht aus ehemaligen Juden. Die Baha'is sind genauso wie die Zionisten Freimaurer, die für die Trennung von Staat und Kirche und eine einheitliche Weltregierung eintreten.“

Am 15. Dezember 05 verstarb Sabiollah Mehrami, ein wegen Apostasie erst zum Tode, dann auf internationalen Druck zu lebenslänglich verurteilter Baha'i, unter ungeklärten Umständen im Gefängnis von Yazd. Am 24. Mai 06 teilte die „Baha'i international community“ mit, dass am 19. Mai in Schiras 54 junge Baha'is verhaftet wurden, die gemeinsam mit Nicht-Baha'is armen Kindern ehrenamtlich Nachhilfeunterricht erteilten, wofür sie eine offizielle Genehmigung eingeholt hatten. Was man ihnen zur Last lege, sei nicht bekannt. Sechs Häuser seien dabei durchsucht, Bücher, Dokumente und Computer beschlagnahmt worden. Damit steige die Zahl der in den letzten 14 Monaten festgenommenen Baha'is auf 72. Einige seien wochenlang ohne jede Anklage inhaftiert gewesen. Im Juli haben zwei amerikanische Kongressabgeordnete einen Resolutionsentwurf zur Lage der Baha'is in Iran vorgelegt, in dem die US-Regierung zur Aufnahme von Gesprächen mit der EU aufgefordert wird, um gemeinsam an die iranische Regierung zu appellieren, die Menschenrechte einzuhalten.

Am 19. August 06 hat das Innenministerium in einem Schreiben an alle Gouverneure des Landes dazu aufgerufen, die finanziellen und gesellschaftlichen Verbindungen der Baha'is im In- und Ausland zu kontrollieren. Dazu stellte die internationale Gemeinschaft der Baha'i fest, dass bereits ein Jahr zuvor, am 29. Oktober 05, ein ähnliches Schreiben an die Befehlshaber des Militärs ergangen sei, in dem sie aufgefordert wurden, alle Baha'is zu melden und deren Aktivitäten zu untersuchen.

Wie uns die Gemeinschaft der Baha'i am 2. November mitteilte, sind in den letzten beiden

Jahren 129 Baha'is in Iran verhaftet worden. Zwar kamen sie gegen Zahlung einer Kaution frei, warten aber noch immer auf ihr Gerichtsverfahren.

### Selbstmordattentäter

Auf einer Veranstaltung der „Männer der Sonne“ zum Gedenken an die Märtyrer der islamischen Weltbewegung wurden am 30. Oktober 2005 in Teheran Freiwillige mit gültigen Dokumenten für den Märtyrertod registriert. Wie Baztab am 1. März 06 bekannt gab, hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt 50.000 Personen eingeschrieben.

Bei einer Veranstaltung der Organisation für den Märtyrertod auf dem Friedhof Behescht-e Sahra trat der Abgeordnete Mehdi Kutschekzadeh als Hauptredner auf. Er sagte: „Ich glaube nicht, dass dies eine staatliche Gruppe ist, weshalb Sie mich nicht danach fragen können, ob wir sie in den Libanon schicken oder nicht. Es ist jedoch die Pflicht aller Muslime, anderen Muslimen, die unterdrückt oder der verbrecherischen Politik Israels ausgesetzt sind, zu helfen. Ich glaube, den Märtyrertod zu suchen und sich als Märtyrer zu betätigen ist etwas anderes, als sich mit einer Bombe in die Luft zu jagen. Meiner Ansicht nach kann ein Volk, das bereit ist, Märtyrer hervorzubringen, nicht unterdrückt und erniedrigt werden. Dass man nicht vor dem Tod zurückschreckt, hat mit der Seele zu tun. Menschen, die Angst vor dem Tod haben, werden erniedrigt, die, die den Tod nicht fürchten, werden Märtyrer. Jeder Muslim, der den glorreichen Islam wünscht und den Tod nicht fürchtet, ist Teil der Märtyreraktionen.“

Etamad, 03.08.06

Der stellvertretende israelische Ministerpräsident sagte: „Wir schätzen, dass die Hisbollah jährlich über 100 Millionen Dollar von Iran erhält. Sie verfügt über modernste Waffen, die Iran von China oder Russland gekauft hat. Wir schätzen, dass sich mehr als einhundert iranische Ausbilder im Libanon befinden.“ Iran ist der Hauptunterstützer der Hisbollah und, wie Ali Akbar Motaschami, Gehilfe beim Aufbau der Hisbollah, in einem Interview sagte, haben die Mitglieder der Hisbollah in Iran eine militärische Ausbildung erhalten. Während des Irak-Iran-Krieges kämpften sie auf der Seite der Iraner und konnten Erfahrungen sammeln.

BBC, 07.08.06

Anmeldeformular:

Im Namen Gottes  
Stab zum Gedenken der Märtyrer  
der islamischen Weltbewegung

Formular zur Anmeldung für die freiwillige Teilnahme in militärischen Einheiten der Märtyrer

*Auszufüllen sind:*

Vorname/ Familienname/ Name des Vaters/ Geburtsort/ Geburtsjahr/ Nummer des Personalausweises/ Stand der Ausbildung/ Ausbildungsfach/ Ausbildungsort/ Beruf.

*Anzukreuzen sind:*

Ich bin für den Märtyrertod bereit

- bei Aktionen gegen Besetzer des Heiligen Jerusalem
- bei Aktionen gegen den vom Islam abgefallenen Salman Rushdie
- bei Aktionen gegen Besetzer islamischer Länder und Aggressoren gegen islamische Besitztümer und die islamische Ehre.

## Aus dem Alltag

Ein Geistlicher in Zivil, der bei den Sicherheitsbehörden arbeitet, hat in der U-Bahn einen jungen Mann erschossen, weil dieser angeblich zwei Mädchen belästigt hatte. Nach der Tat zeigte er den Polizisten seine Erkennungskarte. Obwohl ihn das Gericht zu einer Geldstrafe und drei Jahren Gefängnis verurteilt hat, befindet er sich auf freiem Fuß. Baztab, 03..04.06

An 54 Männern und Frauen, die an einer Party teilgenommen hatten, hat die Justizbehörde von Babol die Strafe der Peitschenhiebe vollzogen. Die Beschuldigten waren verhaftet worden, als sie sich in unangemessener Kleidung in einem Obstgarten nahe Babol amüsierten. Iran, 04.05.06

Fünf Mädchen und vier Jungen in unangemessener Kleidung begingen eine kleine Feier in einem Coffeeshop. Der zuständige Polizeibeamte sagte, sie hätten sich unter dem Vorwand, Geburtstag zu feiern, sittenwidrig benommen. Die neun wurden verhaftet, der Coffeeshop bis auf weiteres geschlossen. Jumhuri-e Eslami, 15.05.05

Wie der Chef der Justizbehörde erklärte, sei bei 70 Millionen Einwohnern die Bearbeitung von 7 Millionen Akten in einem Jahr eine schwere Belastung für die Justizbehörden. In keinem anderen Land müssten so viele Akten bearbeitet

werden. Man müsse die Ursache für diese hohe Anzahl anhängiger Verfahren untersuchen. IRNA, 27.07.06

Eine Professorin ist zur Leiterin der kulturellen Abteilung in einer Botschaft in einem europäischen Land ernannt worden. So weit, so gut – sogar ein positives Image für das System nach außen, denn die Ernennung einer Frau als Botschaftsangehörige ist sehr positiv. Interessant aber ist, dass diese Person an die Aufnahme ihrer Arbeit eine Bedingung knüpft: Sie fordert als Mitarbeiter die Einstellung einer Person, die ihr religiös gesehen familiär nahe steht – in diesem Fall ihren Sohn. Die zuständigen Stellen haben sich damit einverstanden erklärt.

Aber wenn alle Frauen in Verantwortung verlangten, dass ein ihnen Nahestehender als Mitarbeiter eingestellt werden sollte, hört der Spaß auf. Dann müssten ja z.B. Fahrer oder Sekretäre nahe Verwandte sein. Baztab, 03.08.06

Gestern wurde Hamid Reza Namazi, Philosophiedozent an der Teheraner Universität, von Unbekannten zusammengeschlagen. Auf Einladung des islamischen Vereins der Universität hält er eine Vorlesungsreihe über die westliche Philosophie. Aftab news, 15.08.06

Ayatollah Jennati hat im Freitagsgebet das schwache Vorgehen der Sicherheitskräfte bei Verbrechen und Verrat kritisiert. „Leider scheint das Informationsministerium zu schlafen und die Sicherheitskräfte und Justizbehörden legen gegenüber Unruhestiftern Gleichgültigkeit an den Tag, anstatt scharf gegen sie vorzugehen.“ Etemad, 17.09.06

*Die ultrakonservative Jumhuri-e Eslami ist der gleichen Meinung.* Unter der Überschrift „Ein ‚kultureller‘ Angriff ist gefährlicher als ein militärischer“ schreibt sie am 12. Oktober: „Von der neuen Regierung, die auf die Einhaltung religiöser Grundsätze achtet, erwartete die Hisbollah, dass der Kampf gegen die kulturelle Invasion oberste Priorität gewinnt, doch diese Erwartung wurde bisher enttäuscht. Der Revolutionsführer sagte, die wichtigste Aufgabe unserer Sicherheitskräfte sei der Schutz der Werte. Warum wird nicht entschieden durchgegriffen? Warum können dekadente Musikkassetten frei auf den Straßen verkauft werden? Warum können ungenügend gekleidete Mädchen zusammen mit Männern Hochzeiten feiern und dekadente Feten veranstalten? Warum können Prostituierte öffentlich auftreten und zur Verbreitung der Verderbtheit beitragen? Kurz – bis wann sollen

die Hisbollah und die Angehörigen der Märtyrer Zeuge dieses kulturellen Verfalls und der von Lust gesteuerten Ereignisse sein? Bis wann sollen wir Zeuge der Angriffe unserer Feinde sein? Bis wann sollen wir auf eine Antwort warten?“

Der Chef der Justizbehörde der Provinz Teheran, Abbasali Alizadeh, erklärte, die Justiz gehe scharf gegen Rowdietetum vor.

Mehr News, 19.09.06

Wegen Trunkenheit und Beschädigung öffentlichen Eigentums wurden drei Rowdies in Teheran verhaftet. Anschließend wurden die Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren auf einem Esel bzw. offenen Kleintransporter in Hand- und Fußschellen mit Schildern, auf denen ihr Alkoholgenuß gebrandmarkt war, durch die Stadt gefahren.

Mehr News, 19.09.06

Mitglieder des Stadtrats einer Provinz sind verhaftet oder auf der Flucht. Der Vorsitzende des Stadtrats wurde wegen Unsittlichkeit und unerlaubter sexueller Beziehung von Sicherheitskräften festgenommen und dem Sondergericht für Geistliche übergeben, weil er Geistlicher ist. Wenn die Anklagepunkte bewiesen werden können, droht ihm die Todesstrafe. Ein anderes Mitglied wird wegen seiner Verwicklung in Rauschgiftgeschäfte gesucht und befindet sich auf der Flucht. Ein weiteres Mitglied wurde wegen Unterschlagung verhaftet.

Peykiran, 05.10.06

Wegen angeblicher Unmoral und unsittlichen Verhaltens haben Eltern ihre Tochter ermordet. Der 58-jährige Vater sagte: „Eine geraume Zeit bemerkten wir, dass sich das Verhalten unserer Tochter verändert hat. Nachdem ich mit meiner Frau darüber gesprochen hatte, haben wir sie genauer beobachtet, bis wir feststellten, dass sie fehlgeleitet und unsittlich war. Dies führte zu Auseinandersetzungen mit ihr. Obwohl wir sie immer wieder ermahnten, hat sie ihr Treiben fortgesetzt, so dass wir schließlich zu dem Schluss gelangten, keine andere Wahl zu haben, als sie zu töten, denn ihr Verhalten war eine Schande für uns und wir schämten uns vor Verwandten und Bekannten. Wir töteten unsere Tochter und bemühten uns, dies als Selbstmord darzustellen, was aber misslang. Man hat uns entlarvt.“

Etemad, 09.10.06

Ein junger Mann wurde erschossen, weil er nicht nachweisen konnte, dass er mit seiner

Begleiterin verlobt war. ISNA zufolge wurde die Kriminalpolizei von Hamadan unterrichtet, dass die Leiche eines jungen Mannes auf der Straße liege. Die Beamten konnten die Identität des 25-Jährigen feststellen. Seine Verlobte sagte: „An diesem Tag gingen Hassan und ich spazieren. Da näherte sich ein Auto. Ein Mann stieg aus und fragte, ob wir verwandt seien und wir sagten, wir seien verlobt. Er forderte einen Nachweis dafür, aber wir hatten keine Dokumente dabei. Er beschuldigte uns unsittlicher Beziehungen, bedrohte uns mit einer Pistole und zwang uns, in sein Auto einzusteigen. Im Wagen kam es zum Wortgefecht zwischen ihm und meinem Verlobten, worauf er die Pistole zog und erst auf ihn, dann auf mich schoss. Ich verlor das Bewusstsein.“

Etemad, 12.10.06

Nachdem der junge Mann erschossen worden war, erklärte Ayatollah Ghiasedin Mohammadi auf einer Sitzung der Behörde von „Geboten folgen, Verbotenes meiden“, die Probleme der Gesellschaft würden nicht auf dem Papier gelöst. „Wir brauchen überzeugte Soldaten, die sich mit der richtigen Gesinnung und aller Kraft und den Imamen Ali und Hossein als Vorbild für die Verwirklichung dieser göttlichen Gebote einsetzen.“

Roos online, 16.10.06

Einen Monat nach Vorlage des parlamentarischen Untersuchungsberichts zur Arbeit des Ministeriums für Islamische Führung unter der Präsidentschaft von Khatami, in dem das Kino als Mittel zur Verbreitung von Verderbtheit, Unsittlichkeit und Prostitution gebrandmarkt wird, betrat ein junger Fanatiker, nach dessen Aussage Kinobesuche als verboten gelten, ein Kino in Teheran, verletzte einen Mitarbeiter und tötete den Kartenverkäufer mit Messerstichen. Der Untersuchungsrichter teilte mit, der Angeklagte habe die Taten zugegeben und gesagt. „Ich habe es getan, um Gerechtigkeit walten zu lassen und Verderbtheit zu beseitigen. Ich bin der Ansicht, dass das Kino etwas Verbotenes ist und Personen, die dort arbeiten, etwas Verbotenes tun.“

Roos online, 16.10.06

### Visafälschungen

Eine Bande von Fälschern wurde festgenommen. In Zeitungsanzeigen hatte sie Visa für europäische Länder, z.B. Schengen-Visa angeboten und pro Visum drei Millionen Toman eingenommen.

Etemad, 19.12.05

Eine große Bande, die Dokumente fälschte, wurde in Benab gesprengt. Vier Mitglieder wurden verhaftet. Wie Reza Amini, der Leiter der Ordnungskräfte, mitteilte, hatten sie Ausweise, Führerscheine, Pässe und verschiedene amtliche Stempel gefälscht.

Jumhuri-e Eslami, 07.03.06

Die Mitglieder einer Bande in Teheran, die die Menschen mit der Ausstellung von Visa für Europa und Amerika betrogen haben, sind in die Falle der Ordnungskräfte geraten. Das Gericht hat die Bevölkerung aufgerufen, solchen Leuten keine Pässe und Ausweise anzuvertrauen.

Kayhan, 15.04.06

Ein Reisebüro wurde angezeigt, das für 133 Pässe Visa für eine Pilgerreise in den Irak besorgt hatte. Da die Visa so preiswert waren, hatte der Auftraggeber noch weitere 52 Pässe abgegeben. Nach Zahlung der Summe wurde festgestellt, dass alle Visa gefälscht waren.

Aftab, 07.06.06

Ordnungskräfte haben eine Bande, die staatliche Dokumente fälschte, festgenommen. Die Mitglieder der Bande waren Iraker, die in Teheran u.a. Pässe und Personalausweise fälschte.

Kayhan, 24.06.06

Die Polizei von Ardebil hat den Leiter einer Reiseagentur wegen Visafälschung verhaftet. Bei ihm wurden 70 falsche Pässe beschlagnahmt.

Jumhuri-e Eslami, 30.09.06

Gestern wurde in Teheran ein Fälscher von Ausweisen und Pässen verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei 70 gefälschte Ausweise, 25 Visa und 30 Reisepässe. Bei dem Festgenommenen soll es sich um Reza handeln, der bis vor drei Jahren eine private Firma leitete, die in Konkurs ging. Er habe mit einem in den Niederlanden lebenden Freund zusammen gearbeitet.

Farsnews, 08.11.06

### **Hinrichtungen in der Zeit von Dezember 2005 bis November 2006**

Der 26-jährige Gholam, der seinen Freund Mohammed getötet hatte und 2003 zum Tode verurteilt worden war, ist im Evin-Gefängnis hingerichtet worden.

Etemad, 11.12.05

Die Staatsanwaltschaft von Arrak hat die beiden Straßenräuber Abdolreza Akbaridiba, 28, und Farhad Akbaridiba, 22, wegen Raubmordes

unter Anwesenheit einer großen Menschenmenge 6 km von Arrak entfernt auf der Straße hinhängen lassen.

Baztab, 07.12.05

In Isfahan wurde ein Afghane öffentlich wegen Mordes erhängt.

Etemad, 12.12.05

Ein junger Mann namens Ali, der seinen Bruder vor fünf Jahren ermordet hatte und seitdem im Gefängnis saß, wurde gestern Morgen im Evin-Gefängnis hingerichtet.

Etemad, 19.12.05

Na'im Abdollah KH. und Jalil H., zwei bewaffnete Verbrecher, wurden öffentlich in Ahwaz hingerichtet.

Etemad, 29.12.05

Laut IRNA wurde der seh- und hörbehinderte Behrouz Mehranpur wegen Mordes am 6. Januar öffentlich erhängt.

BBC, 07.01.06

Wegen Mordes wurde Esmail im Evin-Gefängnis hingerichtet. Seine Frau, die wegen Ehebruchs zum Tode verurteilt wurde, wird in Kürze hingerichtet. Raheleh und Babak, ein junges Ehepaar, wurde ebenfalls wegen Mordes im Evin-Gefängnis hingerichtet.

Etemad, 21.01.06

In Isfahan wurde Aresh Shahbazi, 27, wegen Mordes öffentlich erhängt.

Kayhan, 25.01.06

Der 18-jährige Ghassem, der wegen Mordes an seinem Neffen hingerichtet werden sollte, wurde kurz vor der Hinrichtung von den Eltern des Opfers begnadigt. Ghassem hatte den Mord im Alter von 14 Jahren begangen und war zum Tode verurteilt worden.

Jumhuri-e Eslami, 25.01.06

Wegen Mordes wurde der 40-jährige Noruz Zareh im Dorf Taihun nahe Schiras erhängt.

Etemad, 30.01.06

Wegen Mordes wurde der aus Katar stammende iranische Staatsangehörige Ali im Gefängnis von Bender-Abbas hingerichtet.

Etemad, 01.02.06

Wegen Kidnapping und Rauschgifthandel wurde ein Verbrecher in Kerman öffentlich erhängt.

Kayhan, 02.02.06

In Desful wurden sechs Personen wegen Entführung und Erpressung zum Tode bzw. hohen Strafen verurteilt. Ali A. und Ali B. wurden hingerichtet, die vier anderen erhielten hohe Gefängnisstrafen.

Etemad, 19.02.06

In Anwesenheit der Familie des Opfers wurde ein 22-Jähriger wegen Mordes im Gefängnis von Ardebil hingerichtet. ISNA, 24.02.06

Wegen Bombenlegung wurde Ali Afrawi in Ahwaz öffentlich hingerichtet. Fünf weitere Mittäter erhielten Gefängnisstrafen zwischen zwei und mehr als 20 Jahren. IRNA, 01.03.06

Alireza P., 29, wurde wegen Ermordung seiner Frau in Golpayegan öffentlich hingerichtet.

Etemad, 04.03.06

Wegen Mordes wurde Alireza in Isfahan öffentlich hingerichtet. In Ghazwin wurde ein 24-Jähriger wegen Vergewaltigung erhängt. Iran, 05.03.06

Iradj D. wurde wegen Mordes in Schuschar öffentlich hingerichtet. Jumhuri-e Eslami, 07.03.06

Wegen bewaffneten Raubüberfalls wurde der 28-jährige Habib Dustie in Ghazwin öffentlich erhängt. Iran, 08.03.06

In Anwesenheit von rund 2000 Zuschauern wurde Ali Sare'i wegen Mordes in Djahrum erhängt. Iran, 25.03.06

In Bam wurde ein bewaffneter Räuber und Mörder öffentlich erhängt. Seine vier Mittäter bekamen Gefängnisstrafen zwischen 15 und 20 Jahren. Jumhuri-e Eslami, 06.04.06

Ali Purmuhiabadi war wegen Mordes zu 165 Peitschenhieben und Hinrichtung verurteilt worden. Vor seiner Hinrichtung wurde er ausgepeitscht. Jumhuri-e Eslami, 08.04.06

Heute Morgen sind im Evin-Gefängnis zehn Mörder hingerichtet worden. Ursprünglich waren es zwölf, aber zwei wollten die Begnadigung der Angehörigen einholen. Einer davon, Madjid, war wegen lavat (gleichgeschlechtlichem Verkehr) verurteilt worden.

Etemad, 20.04.06

Der afghanische Staatsbürger Moheb Ali Bastani wurde wegen Rauschgiftschmuggels im Gefängnis von Dalijan hingerichtet.

IRNA, 21.04.06

Wegen Mordes wurde Morteza im Gefängnis Adelabad in Schiras hingerichtet.

Shargh, 22.04.06

Wegen Mordes wurde Mehdi im Gefängnis von Isfahan hingerichtet.

Hamschari, 23.04.06

Farzaneh Sadeghi, die ein 4-jähriges Mädchen getötet hatte, wurde in Selseleh (Lurestan) hingerichtet. Iran, 03.05.06

Zwei Männer im Alter von 17 und 20 Jahren wurden wegen lavat (gleichgeschlechtlichem Verkehr) und Ermordung eines 12-jährigen Schülers in Khoramabad hingerichtet.

Kayhan, 11.05.06

Abdolwahed N. wurde wegen Raubüberfalls und Entführung in Damghan hingerichtet.

Jumhuri-e Eslami, 18.05.06

In Anwesenheit von rund 4.000 Zuschauern wurde der 33-jährige Mehdi wegen Mordes auf einem Platz in Djahrum erhängt. Iran, 23.05.06  
Hamed Parwan, 20, wurde wegen Mordes in Khoramabad öffentlich hingerichtet.

Kayhan, 23.05.06

Masoud Naru'i wurde wegen Rauschgiftschmuggels im Gefängnis von Zahedan hingerichtet.

Jumhuri-e Eslami, 24.05.06

Wegen Mordes wurde Madjid Zagewand in Djahrum öffentlich hingerichtet.

Kayhan, 25.05.06

Innenminister Mostafa Pourmohammadi hat bekannt gegeben, dass in Bam drei Verbrecher verhaftet und sechs getötet worden sind.

Ressalat, 30.05.06

Wegen bewaffneten Raubüberfalls wurde Hamid N. im Gefängnis von Zahedan hingerichtet.

Jumhuri-e Eslami, 01.06.06

Alireza, der mit seinem Minibus im Busbahnhof drei Personen überfahren hatte, ist zum Tode verurteilt und im Evin-Gefängnis hingerichtet worden.

Etemad, 06.06.06

Zwei junge Männer, Ali und Mehran, die unter 18 Jahre alt waren, wurden wegen Belästigung und Vergewaltigung zum Tode verurteilt und im Evin-Gefängnis hingerichtet. Mahmoud Salaria, Stellvertreter des Teheraner Staatsanwaltes, behauptete, die beiden seien älter als 18. Die Polizei hätte gesagt, Ali sei 18 und Mehran 18 Jahre und drei Monate alt. Sie waren wegen unehelichen Verkehrs verhaftet worden.

Etemad, 06.06.06

Gholamabbas Heidaripur wurde wegen bewaffneten Raubüberfalls in Bender Abbas öffentlich hingerichtet. Kayhan, 08.06.06

Nach 74 Peitschenhieben wurde Mohammadali G., 24, wegen Diebstahls und Vergewaltigung in Karadj öffentlich hingerichtet. Etemad, 10.06.06

Drei Rauschgift Händler wurden im Gefängnis von Ghazwin hingerichtet. Kayhan, 13.06.06

Said Ansarizadeh und Nasser Scharaki wurden wegen Entführung in Zahedan hingerichtet. ILNA, 14.06.06

In Kerman wurden drei Kidnapper hingerichtet. ISNA, 14.06.06

In Teheran wurde der 22-jährige Mohsen wegen Ermordung seines Großvaters hingerichtet. Hamschari, 22.06.06

Mohammad Bakhchian wurde wegen Banküberfalls in Isfahan öffentlich hingerichtet. Baztab, 22.06.06

In Schiras wurde Mohsen Manadjemmi wegen Raubüberfalls und Totschlags öffentlich erhängt. Kayhan, 27.06.06

Hossein, 33, wurde wegen bewaffneten Raubüberfalls in Schiras erhängt. Zuvor hatten einige Freunde und Verwandte versucht, die Hinrichtung zu verhindern, worauf Sicherheitsbeamte einschritten. ISNA, 02.07.06

Behzad Bahadoripur ist wegen Menschenraubes und Vergewaltigung auf der Kaweh-Straße in Isfahan erhängt worden. Shargh, 12.07.06

Zwei Personen wurden wegen der Vergewaltigung von zwei Studentinnen auf dem Simurgh-Platz in Borudjerd hingerichtet. Farsnews, 21.07.06

Mehdi Kh., 36, wurde wegen Mordes in Babol öffentlich erhängt. Baztab, 07.08.06

Wegen Banditentums und Mordes wurde Nadjibali Karze'i auf der Straße nach Bam erhängt. IRNA, 08.08.06

Der Täter, der vor drei Jahren ein 5-jähriges Kind in Tabris ermordet hatte, wurde öffentlich hingerichtet. Kayhan, 12.08.06

Abdolmalek Faghirdadi, Schirdil Shahikirad und Hamidreza Saber wurden wegen Rauschgiftschmuggels im Gefängnis von Zahedan hingerichtet. Jumhuri-e Eslami, 15.08.06

Wegen Rauschgiftschmuggels und Besitzes von über drei Kilo Heroin wurde Karimbakhsch Naru'i in Khoramabad (Lurestan) hingerichtet. Baztab, 21.08.06

Wegen bewaffneten Raubüberfalls wurde Omid H. in Khasch (Sistan-Balutschistan) öffentlich hingerichtet. Etemad, 26.08.06

Alijan Moradi wurde wegen Rauschgiftschmuggels in Iranschahr (Sistan-Balutschistan) öffentlich hingerichtet. Jumhuri-e Eslami, 27.08.06

Wie der Leiter des islamischen Revolutionsgerichts in Karaduj mitteilte, wurden 17 Rauschgiftschmuggler zum Tode verurteilt. Zwei von ihnen sind bereits hingerichtet worden. Jumhuri-e Eslami, 30.08.06

Hamid Hassna'i, ein internationaler Rauschgift-Händler, wurde in Bender Abbas, Khuzestan, hingerichtet. Kayhan, 04.09.06

Wegen Drogenschmuggels wurde Gholamreza Rigi in Sarawan (Sistan-Balutschistan) öffentlich hingerichtet. Jumhuri-e Eslami, 05.09.06

Mehdi, 23, und Satar, 20, wurden wegen Mordes im Evin-Gefängnis hingerichtet. Etemad, 07.09.06

Nachdem man vier zum Tode Verurteilte im Evin-Gefängnis an den Platz der Vollstreckung geführt hatte, wurden Wahid und Akbar hingerichtet. Ali, der dritte, sagte, er hoffe auf Begnadigung durch die Angehörigen. Sina, der vor vier Jahren im Alter von 16 den Mord begangen hatte, bat als letzten Wunsch um eine Flöte. Vor den Angehörigen und anderen Anwesenden spielte er eine so traurige Melodie, dass die Angehörigen um Aufschub der Hinrichtung baten. Pars, 20.09.06

Wegen Drogenschmuggels und der Ermordung von zwei Polizisten wurden die Brüder Amanollah, 30, und Abdollah, 29, in Yazd hingerichtet. Etemad, 23.09.06

Die beiden Afghanen Nader Rigi und Schahj-mohammad Bargazehi sowie Abdollah Balutsch

und Mohammad Shibak wurden wegen Rauschgiftschmuggels im Gefängnis von Zahedan (Sistan-Balutschestan) hingerichtet.

Jumhuri-e Eslami, 26.09.06

Khodamorad Laschgarzadeh, Karimi und Gholam Kuhkan wurden wegen Rauschgiftschmuggels in Zahedan, Iranshahr und Zabol (Sistan-Balutschestan) hingerichtet.

Jumhuri-e Eslami, 26.09.06

Said und Reza S. wurden wegen Mordes in Koramabad öffentlich erhängt.

Jumhuri-e Eslami, 30.09.06

Ali A., 45, und Mohamad A., 37, die seit 2003 wegen Diebstahls und Mordes im Gefängnis saßen, wurden heute morgen in Babol (Mazanderan) hingerichtet.

Etemad, 22.10.06

Der Führer einer moralisch verderbten Bande wurde gestern in Gorgan öffentlich hingerichtet.

Iran, 01.11.06

Wegen Randalen und Rauschgiftschmuggels wurden Hadi Dariakesh und Azizollah Nadjarian gestern Morgen in Zahedan öffentlich erhängt.

Jumhuri-e Eslami, 02.11.06

Wegen Mordes wurde Mohebal Gholamian Moghadam in Sabol öffentlich erhängt.

Iran, 04.11.06

Wegen Rauschgifthandels und eines Attentats auf zwei Personenschützer Ahmadinedschads hatte das islamische Revolutionsgericht von Iranshahr (Sistan-Balutschestan) Mohamad Askani und Najib Ghioumi zum Tode verurteilt. Heute Morgen wurde dieses Urteil öffentlich vollstreckt.

Baztab, 05.11.06

Sechs vom islamischen Revolutionsgericht in Zahedan zum Tode verurteilte Rowdies und bewaffnete Geiselnnehmer, Behzad, Mohamadamin, Abdollah, Mohsen, Majid und Nader, wurden öffentlich hingerichtet.

Iran, 06.11.06

Wegen bewaffneten Raubüberfalls wurden zwölf Personen in Ahwaz verhaftet und vom islamischen Revolutionsgericht zu folgenden Strafen verurteilt: 1. Abbas A., 33, zu 30 Peitschenhieben und öffentlicher Hinrichtung, 2. Hamd Kh., 45 und 3. Ali S., 37, zu öffentlicher Hinrichtung, 4. Rahim E. und 5. Sabah M. zur Amputation der rechten Hand und des linken Fußes, 6. Hanash E., 7. Salah Sh., 8. Karim Sh.,

9. Masrugh A. 43, 10. Mohamad Sh., 43, 11. Jalil Kh., 27, und 12. Sadegh L. zu insgesamt 70 Jahren Gefängnis und 518 Peitschenhieben. Abbas A., der Führer der Bande, wurde hingerichtet. Die Füße von 3. und 4. sind bereits amputiert. In Kürze erfolgt die Hinrichtung von 2. und 3. sowie die Amputation der Hände von 4. und 5.

ISKANews, 08.11.06

Im Gefängnis von Bender Abbas wurde Mohamed Momenieh wegen Mordes an einem Bangladeschi hingerichtet.

Etemad, 09.11.06

Mohamad-Reza, ein junger Mann, sowie Farhad, Hashem und Hamid wurden wegen Mordes im Gefängnis Nezamabad/Teheran hingerichtet.

Iran, 09.11.06

Shahab Derwishi wurde in Kermanshah wegen Randalierens und gleichgeschlechtlichen Verkehrs vor Hunderten öffentlich hingerichtet.

IRNA, 14.11.06

### Auspeitschung und Amputationen

Das Teheraner Gericht verurteilte einen jungen Mann wegen Diebstahls zu 40 Peitschenhieben, der Amputation einer Hand und drei Jahren Gefängnis.

Iran News, 02.01.06

Das Revolutionsgericht in Rascht hat Farshid N. wegen Randalen zu 74 Peitschenhieben verurteilt, die ihm AUF OFFENER Straße verabreicht wurden.

Jumhuri-e Eslami, 27.02.06

Wegen Randalen hat das Gericht in Karadj Abbas Gh. Zu 74 Peitschenhieben in der Öffentlichkeit verurteilt.

Jumhuri-e Eslami, 08.03.06

Der 27-jährige Rahmat A., der verheiratet ist, wurde wegen des Verkaufs von Alkohol in Gorgan öffentlich mit 74 Hieben ausgepeitscht und anschließend für vier Jahre nach Neiriz in der Provinz Yazd verbannt.

Peykeiran, 26.07.06

Das Revolutionsgericht von Ahwaz hat zwölf Personen wegen bewaffneten Raubes verurteilt. Unter ihnen befinden sich Abbas A., der zu Peitschenhieben und Hinrichtung, Ahmad Kh. und Ali H., die zur Hinrichtung verurteilt wurden. Zwei weitere wurden zur Amputation einer Hand und eines Fußes verurteilt. Die weiteren Mittäter erhielten Auspeitschungsstrafen und insgesamt 70 Jahre Haft.

Etemad, 04.10.06

Damit er die Fälschung von Dokumenten und den Besitz von alkoholischen Getränken gesteht, wurde ein Mann im Gefängnis von Masjedsoleiman an den Händen an der Decke aufgehängt. Seine Hände wurden längere Zeit hindurch mit Flammenwerfern ver-

brannt, so dass diese aufgrund der schweren Verletzungen amputiert werden mussten.

Advarnews, 26.10.06

Zum Internationalen Tag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober machte **Amnesty international** Iran zu einem Schwerpunkt. Dabei richtete sich die Organisation besonders gegen die Todesstrafe für Minderjährige. „Obwohl sich der Iran in internationalen Abkommen zum Gegenteil verpflichtet hat, hält das Land weiterhin an der Hinrichtung Minderjähriger fest. Allein im vergangenen Jahr starben mindestens acht junge Menschen am Galgen. ... Ein Staat, der minderjährige Straftäter zum Tode verurteilt oder hinrichtet, verletzt internationales Recht. Sowohl der UN-Zivilpakt als auch die von fast allen Staaten ratifizierte Kinderrechtskonvention verbieten die Hinrichtung Minderjähriger. Die Kinderrechtskonvention genießt darüber hinaus weltweit eine so breite Akzeptanz, dass ihre Regelungen zum Völkergewohnheitsrecht und nach Auffassung von amnesty international sogar zu den zwingenden Normen des internationalen Rechts gezählt werden können.“

In ihrer Herbstpublikation berichtet sie auch über Nazanin Mahabad Fatehi. Die 17-Jährige und ihre Nichte waren 2005 von drei Männern überfallen worden. Als sie versuchten, Nazanin zu vergewaltigen, erstach sie einen Angreifer und wurde deshalb im Januar 2006 wegen Mordes zum Tode verurteilt. Innerhalb weniger Wochen wurden 200.000 Unterschriften für eine Petition gesammelt. Ende Mai hob der Oberste Gerichtshof in Teheran die Todesstrafe gegen Nazanin auf. Der Fall soll neu verhandelt werden.

In einer **urgent action** bittet amnesty darum, sich für die sofortige Freilassung von vier gewaltlosen politischen Gefangenen einzusetzen, die allein wegen ihres Engagements für die Menschenrechte und friedlicher politischer Aktivitäten im Trakt 209 des Evin-Gefängnisses sitzen. Es handelt sich um Keyvan Rafi'i, Sprecher der Organisation *Menschenrechtsaktivisten*. Er wurde am 9. Juli auf der Straße verhaftet und befindet sich seit dem 23. September in Hungerstreik. Die Gründe für seine Festnahme sind nicht bekannt, Anklage wurde bisher nicht erhoben.

Kheyrollah Derakhschandi und Abolfazl Djahanfar wurden am 19. August festgenommen. Djahandar war Mitglied der Studentenorganisation Tahkim Vahdat und arbeitet als Journalist für Pooya News.

Dr. Keyvan Ansari ist Mitglied der Akademikervereinigung Advar-e Tahkim-eVahdat. Wie die beiden oben Genannten weiß er nicht, weshalb er inhaftiert ist. Nur Derakhschandi durfte ein Mal besucht werden.

Außerdem setzt sich amnesty für die bedingungslose Freilassung des seit August 2002 verhafteten Rechtsanwalts Nasser Zarafshan ein. In einem unfairen Prozess wurde er zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er angeblich Informationen über die Serienmorde öffentlich gemacht hat. In Wirklichkeit hatte er aber die Mängel der offiziellen Untersuchungen zu den Serienmorden und das Fehlen wichtiger Informationen in den Gerichtsakten kritisiert.

### Iranische Flüchtlinge in der Türkei

Ganz im Osten der Türkei, 200 km von der iranischen Grenze entfernt, liegt Van, eine Provinzhauptstadt mit einst 150.000 Einwohnern, die durch Hunderttausende Flüchtlinge hauptsächlich aus Iran, Irak, Afghanistan und Pakistan angewachsen ist. Sie flüchten teilweise versteckt in LKWs oder überwinden die 3000 m hohen Berge und haben Glück, wenn sie nicht vom türkischen Militär aufgegriffen und nach Iran abgeschoben werden. Es heißt, dass 2005 wöchentlich 200 Flüchtlinge in Van eingetroffen sind, viele von ihnen mit Erfrierungen, Schusswunden oder im Zustand völliger Erschöpfung.

Ihre rechtliche Situation ist prekär: Die Türkei hat die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit geografischem Vorbehalt unterzeichnet, d.h., sie wendet sie nur auf Flüchtlinge europäischer Länder und die Staaten des Kaukasus an, nicht aber auf Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern. Innerhalb von zehn Tagen müssen sich diese Flüchtlinge in der Provinz des Grenzübertritts bei der Polizei und beim UNHCR als Flüchtlinge registrieren lassen, nur dann ist dem UNHCR gestattet, ein Asylverfahren durchzuführen. Meist wird mit der Abschiebung gewartet, bis der UNHCR entschieden hat, ob es sich bei dem Flüchtling um eine Person im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention handelt oder nicht. Wird die Person als Flüchtling anerkannt, so wird sie in der Türkei geduldet, bis ein Aufnahmeland gefunden wurde, meist Kanada, die USA, Neuseeland, Norwegen und Irland. Wird die Person nicht als Flüchtling anerkannt, so muss sie damit rechnen, abgeschoben zu werden.

Das Asylverfahren beim UNHCR dauert zwischen einem und mehr als vier Jahren – eine belastende Zeit besonders für die, die kaum über Geld verfügen. Während des gesamten Verfahrens besteht Arbeitsverbot, die zugewiesene Provinz darf nicht verlassen werden, die Asylbewerber müssen sich mehrmals in der Woche bei der Polizei melden. Es erfolgt weder staatliche Unterbringung noch finanzielle Unterstützung. Kinder dürfen während des Verfahrens keine Schule besuchen. Wie viele iranische Flüchtlinge auf ihre Anerkennung durch den UNHCR in der Türkei warten, konnten wir leider nicht ermitteln. Vielen geht es so, wie den neun iranischen Flüchtlingen, die am 11. September vor dem Gebäude des UNHCR in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind, weil ihre Situation auch nach Jahren ungeklärt ist.

### **Iranische Flüchtlinge in den Niederlanden**

Wie die Deutsche Welle am 20. Oktober mitteilte, hat die Ministerin für Angelegenheiten ausländischer Bürger in den Niederlanden bekannt gegeben, dass homosexuelle Asylbewerber ab sofort asylberechtigt sind, wenn sie nachweisen können, dass ihr Leben bei einer Rückkehr nach Iran gefährdet ist.

Das Schicksal der Asylbewerber, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind, bleibt jedoch weiterhin unklar.

### **Iraner in Deutschland Kleine Statistik\***

Im Jahr 2000 lebten 107.927 iranische Staatsbürger in Deutschland, 2005 waren es nur noch 61.792. Was war passiert? Indem Deutschland sich dazu bekannte, ein Zuwanderungsland zu sein, hat es die rigide Einbürgerungspolitik aufgegeben. 2005 lebten insgesamt 69.861 iranisch-stämmige Deutsche hier, also mehr als iranische Staatsbürger. Von ihnen sind 21.000 erwerbstätig, 10.000 als Angestellte, 7.000 als Arbeiter. Die Anzahl der Erwerbslosen beträgt 15.000.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 2006 stellten 952 Iraner Asylanträge, davon 520 in Folge. Nur 21 wurden als asylberechtigt anerkannt, 122 erhielten Abschiebeschutz, 346 wurden abgelehnt und 5 zogen ihre Asylanträge zurück.

Eine Duldung haben 5186 Iraner.

\*Alle Angaben stammen vom Statistischen Bundesamt und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

---

Verantwortlich für den Inhalt:

**Mahmoud Rafi, Vorstand der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran**